GLOBAL VIEW

1 | 2017

Preis:
3,– Euro

Unabhängiges Magazin
der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)
und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)

Tradition und Zukunft

http://www.globalview.at

DVR: 0875538 Nr. 1/2017; ISSN: 1992-9889

VIENNA INTERNATIONAL MODEL UNITED NATIONS (VIMUN)

30 July - 03 August 2017

United Nations Office at Vienna

Simulation Conference for Students up to 35 Years

http://www.vimun.org

Liebe Leserin!
Lieber Leser!

In der vorliegenden Ausgabe beschäftigen wir uns mit einigen Regionen der Erde, die einerseits auf eine sehr lange Geschichte zurückblicken können, aber andererseits derzeit die mediale Aufmerksamkeit im Westen durch die aktuellen Ereignisse auf sich gezogen haben. Wie gewohnt, befassen wir uns aber nicht mit den tagesaktuellen Geschehnissen, die ohnehin in anderen Medien zu lesen sind, sondern mit den Hintergründen zu diesen Regionen.

Der Politikwissenschaftler Felix Jaitner gibt ein ausführliches Interview über Russland, den postsowjetischen Raum und die Eurasische Wirtschaftsunion. Die in der Ukraine geborene und in Belarus aufgewachsene Swetlana Alexijewitsch, die für ihre Arbeit 2015 den Nobelpreis für Literatur bekommen hat, befasst sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion unter anderem mit der Thematik ‚Auf den Trümmern des Sozialismus'. Die Studentin Natalia Kancelova begibt sich mit einer Buchbesprechung auf ihre Spuren.

Eine weitere Region, die es fast täglich in die Schlagzeilen der Presse schafft, ist die Türkei. Grund genug, einmal die Geschichte der Türkei, beginnend vom Heiligen Petrus bis Erdogan, zu beleuchten. Auch in der Europäischen Union zeichnet sich ein Umschwung ab. Neben der Flüchtlingssituation und der Wirtschaftskrise beschäftigt die EU natürlich der Brexit aber auch die Situation in den umliegenden Ländern. Der ehemalige Premierminister der Republik Slowenien S.E. Ivan Janez Jansa beantwortet die Fragen von zwei Studierenden in Wien.

Auch die katholische Kirche hat natürlich eine lange Geschichte und Tradition. Sie wird sich in der heutigen Zeit wohl an die neuen Lebenssituationen ein wenig anpassen müssen. Ich durfte mit Dompfarrer Toni Faber über die katholische Kirche im 21. Jahrhundert, die Migrations- und Flüchtlingssituation in Europa und das Verhältnis zum Islam sprechen.

Abgerundet wir die Ausgabe mit einem Interview zu den ÖH-Wahlen 2017, einem Bericht über die Tücken des Konferenzdolmetschens im Europäischen Parlament, einem Bericht über Walfang und einem Beitrag von Soziologie Professor Roland Girtler zu Max Weber.

Ich hoffe, mit der Auswahl der Beiträge Ihr Interesse geweckt zu haben und wünschen viel Freude beim Lesen!

Ihr
Bernd Hermann

Anmerkungen:

Nutzen Sie auch das breite Angebot an Veranstaltungen der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) bzw. des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA). Nähere Informationen siehe unter http://www.oegavn.org bzw. http://afa.at.

Feedback bzw. Artikelvorschläge nehmen wir jederzeit gerne via globalview@afa.at entgegen.

Impressum Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik – Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Redaktionsadresse:** A – 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | http://www.globalview.at | globalview@afa.at ■ **Redaktion:** Bernd Hermann ■ **Layout:** Bernd Hermann ■ **Titelbild:** Europäische Kommission ■ **Nicht gekennzeichnete Bilder:** Redaktion oder Autor ■ **Druck:** Aumayer Druck & Verlag Ges.m.b.H, A – 5222 Munderfing, Gewerbegebiet Nord 3, +43 /7744/ 20080, http://www.aumayer.co.at

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz: Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Wien, Zustelladresse: Kaiserliche Hofburg-Nordtrakt, Rennweg 1/20, A-6020 Innsbruck ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717); Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und des Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht immer explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.

Inhalt

Foto: Privatarchiv Bernd Hermann

Vom Heiligen Petrus bis Erdogan: Eine kurze Geschichte der Türkei - Seite 12

photo: UNA-AUSTRIA

The Future of Europe - Interview with H.E. Ivan Janez Jansa - page 16

Foto: AFA

Katholische Kirche, Migration und Islam - Interview mit Dompfarrer Toni Faber - Seite 19

Foto: AFA

ÖH-Wahlen 2017 - Interview mit dem Bundesobmann der AG Andreas Jilly - Seite 24

05	Event Highlights	Bernd Hermann
06	„Russland ist aufgrund seiner kulturellen Dominanz ein natürlicher Hegemon in der Eurasischen Union.“ – Interview mit Felix Jaitner	Bernard Stanciu
10	Das Leben auf den Trümmern des Sozialismus – von Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch – Eine Buchbesprechung	Natalia Kancelova
12	Vom Heiligen Petrus bis Erdogan: Eine kurze Geschichte der Türkei	Andreas Pacher
16	“The Big Historical Achievement of the European Continent is Disappearing.” – Interview with H.E. Ivan Janez Jansa	Stasa Dimitrijevic and Valerie Pechhacker
19	„Wenn jemand in Not ist, müssen wir unabhängig vom religiösen Glauben helfen.“ – Interview mit Dompfarrer Toni Faber	Bernd Hermann
24	„Die Kompetenz der ÖH endet dort, wo sich die Interessen der Studierenden nicht mehr von jenen der Allgemeinbevölkerung unterscheiden“ – Interview mit Andreas Jilly	Bernd Hermann
26	Rassismus im Europäischen Parlament?	Natalia Kancelova
28	Jäger und Gejagte im ewigen Eis	Nadine Schuller
30	Max Weber, der „Entzauberer“, erliegt dem Zauber Wiens	Roland Girtler

Event Highlights

photo: UNYSA-AUSTRIA-AFA

With branches in 7 Austrian cities and relations to approx. 120 countries in the world, the United Nations Youth and Students Association of Austria (UNYSA-AUSTRIA-AFA) actively reaches about 25.000 people that are involved in its various projects. Apart from Model United Nations conferences, learning-by-doing projects, study trips and excursions, a diploma course and podium discussions, the students of UNYSA-AUSTRIA-AFA also have the pleasure to talk to politicians in small groups. In January 2017, Heinz Fischer, former Federal President of the Republic of Austria, met with a group of AFA-students in Innsbruck in order discuss with them some Austrian and international political issues, the future of the European Union and its foreign policy. Furthermore, he also shared personal memories of his time as Federal President. Heinz Fischer was in office from 2004 until 2016. Before that he was President of the National Council of Austria (1990-2002) and Federal Minister of Science (1983-1987). Heinz Fischer is one of the most popular politicians in Austria.

Foto: ÖGAVN

Der anhaltende Syrien-Konflikt fordert nicht nur tausende Tote, sondern treibt Menschen aus ihren Dörfern in die Flucht. Viele von ihnen schaffen es nach Europa, wo sie teils willkommen geheißen aber teils auch nicht geschätzt werden. Peter Neumann, Director des International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence (ICSR), analysierte in seinem Vortrag für die ÖGAVN mögliche Gefahren durch die Flüchtlingsströme: der sogenannte Islamische Staat könnte gezielt Terroristen, vermutlich ehemalige Syrienkämpfer, nach Europa einzuschleusen versuchen. Gleichsam erörterte Prof. Neumann aber auch die Gefahr, die von radikalisierten IS-Sympathisanten in Europa, die nicht in den Krieg gezogen sind, aber auch von radikalisierten Flüchtlingen, ausgehen könnte. Prof. Neumann zeigte zudem Zusammenhänge und Ähnlichkeiten zwischen den Kämpfern im Afghanistan-Krieg (gegen die Sowjetunion) in den späten 1970igern bzw. Anfang der 1980iger Jahre, den Attentätern der Anschläge vom 11. September 2001 sowie den heutigen Kämpfer/innen in Syrien bzw. den Attentätern der Anschlagsserie in Europa.

photo: UNYSA-AUSTRIA-AFA

The Convention implementing the Schengen Agreement entered into force in 1995, abolishing the internal borders among the contracting countries and creating a single external border with a single set of applicable rules for a common external border management policy. In 1999, with the signing of the Treaty of Amsterdam, this intergovernmental cooperation of the five participating countries was incorporated into the EU framework and the External Border Practitioners Common Unit was set up to coordinate national projects of Ad-Hoc Centres on Border Control. In 2004 the European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union (Frontex) was established. Since 2016 Frontex became the European Border and Coast Guard Agency with an extended mandate. Frontex has its headquarter in Warsaw, Poland. A group of students of UNYSA-AUSTRIA-AFA visited Berndt Körner, Deputy Executive Director of Frontex, in February in Warsaw in order to learn more about Frontex and its operations.

„Russland ist aufgrund seiner kulturellen Dominanz ein natürlicher Hegemon in der Eurasischen Union."

Bernard Stanciu sprach mit dem Politikwissenschaftler Felix Jaitner über Russland, seine hegemoniale Position innerhalb des postsowjetischen Raumes, seine ökonomischen Interessen, sowie die Entwicklung der Eurasischen Wirtschaftsunion im Hinblick auf die Ukraine und der momentanen Krise, die den Westen in dieser politisch-wirtschaftlichen Verflechtung einbezieht.

Die Ukraine-Krise hat im Donbass zu einer massiven Deindustrialisierung geführt. Wie steht es derzeit um das Integrationsprojekt ‚Eurasische Union' und die daher gehende Re-industrialisierung ihrer Mitgliedstaaten?

Also, ich glaube, dass man festhalten muss, dass ein Deindustrialisierungprozess in allen postsowjetischen Staaten stattgefunden hat und das bereits mit der Auflösung der Sowjetunion, also seit Beginn der frühen 90er Jahre, bis in die Gegenwart, diese Länder ein massiver Deindustrialisierungprozess kennzeichnet. Die Krise in der Ukraine, gerade und vor allem im Donbass, werden diese Tendenzen noch einmal verstärken bzw. wird im Kriegszustand die Industrieproduktion und generell die regelmäßige Arbeit schwierig und das zerstört die ökonomische Grundlage nochmal weiter.

In allen postsowjetischen Ländern gibt es massive Deindustrialisierung, aber das unterscheidet sich massiv in den einzelnen Ländern. Weißrussland hat zum Beispiel seine industrielle Struktur aufgrund einer stark protektionistischen Wirtschaftspolitik relativ intakt gehalten. Aufgrund der Ausrichtung auf den postsowjetischen Raum, haben sie hier eine starke industrielle Basis. Das gilt auch für Teile Russlands, weshalb es im europäischen Teil Russlands (der industrialisierte Teil) noch eine industrielle Struktur gibt. Gerade die Waffenindustrie, der Maschinenbau und die Automobilbranche sind Bereiche, in denen es noch eine industrielle Substanz gibt. In der Ukraine, war die Ost-Ukraine (Donbass) der industrielle Teil des Landes, vor allem in der Schwerindustrie. Dieser Teil hat andere Interessen bzw. eine andere Struktur, als der Westen des Landes, der stark von Agrarindustrie geprägt ist. Da herrschen grundlegend verschiedene Interessen, die nur schwer miteinander vereinbar sind und in einer kohärenten Politik mit eingebracht werden können. Die Frage nach dem Integrationsprojekt, also ich glaube, grundsätzlich sagen zukönnen, dass die Eurasische Union das Ziel hat, den postsowjetischen Raum wieder zu einen (bis auf das Baltikum). Es ist auch ein Versuch, russische Dominanz zu sichern. Gleichzeitig gibt es in der Eurasischen Union unterschiedliche Strategien, was sozusagen der „Common Ground" des Integrationsprozesses seien soll. Ein gemeinsamer Strang ist die Re-industrialisierung.

Weißrussland äußert sich zur Re-Industrialisierung, während andere Staaten wie Russland mit dem Ressourcenexport Ökonomie betreiben. Warum ist das so?

Weil Weißrussland über keine nennenswerten Ressourcen verfügt und somit auf Ressourcenimport angewiesen ist. Das Land verfügt über eine industrielle Struktur und die möchte es halten. In Russland gibt es Kräfte, die Industriepolitik forcieren, die sich gerade mit Weißrussland dafür einsetzen, dass Re-industrialisierungsprozesse in der Eurasischen Union stattfinden. Das ist sozusagen eine Koalition, die man hier ausmachen könnte. Gleichzeitig gibt es in Russland auch den „Energiekomplex", wo Firmen im Energiesektor insbesondere im Öl-, Gas-, Kohle- und Nuklearenergie-Bereich angesiedelt sind. Diese Unternehmen sind sehr stark darauf bedacht, den Ressourcenexport auszudehnen und auf einem Eurasischen Niveau zu stabilisieren. Vor allem Russland und Kasachstan sind jene Staaten, die diesen Industrieprozess in dieser Art und Weise gestalten wollen.

Gerade hier hatte die Ost-Ukraine eine spezielle Funktion, weil sie gemeinsam mit Russland und Weißrussland den Versuch starteten, einen Industrialisierungsprozess in Gang zu bringen, da diese Länder aufgrund des sowjetischen Erbes stark miteinander verflochten sind. Die Eurasische Union sollte diese Tendenzen wieder ausbauen und stärken. Mit dem Konflikt in der Ost-Ukraine hat dieses Projekt einen Rückschlag erhalten, denn genau der Teil, der dafür auserkoren war, diesen Industrialisierungsprozess mit voran zu treiben, ist ja mittlerweile im Kriegszustand. Es wird sich zeigen, was in Zukunft passiert.

Bis jetzt ist von der Eurasischen Union in Bezug auf die Konflikte zwischen der Ukraine und Russland kaum eine Reaktionen entstanden. Welche Rolle spielt dieser Staatenbund und seine Mitgliedsstaaten im Ukraine-Konflikt?

Die Eurasische Union hat keine Position zur Ukraine-Krise, sondern nur ihre Mitgliedstaaten. Das hängt damit zusammen, dass sie am Beginn ihrer Integrationsschritte steht und im Gegensatz zur Europäischen Union Nachholbedarf hat. Man sieht bereits in der EU, dass eine gemeinsame Außenpolitik schwierig ist. So ist das auch in der Eurasischen Union. Dieser Entwicklungsprozess beansprucht viele Jahre und sogar Jahrzehnte der Integration. Ich würde auch sagen, dass die Eurasische Union deshalb keine Position formuliert hat, weil die Regierungen in den jeweiligen Ländern, unterschiedlich zu diesem Konflikt stehen. Armenien hat zum Beispiel einen Konflikt mit Aserbaidschan und ist auf die militärische Hilfe Russlands und der Stationierung von russischen Truppen in Armenien angewiesen, daher ist eine Positionierung zur Ukraine-Krise keinesfalls unproblematisch.

Des weiteren gibt es immer wieder Konflikte in Zentralasien, die eine gewisse Brisanz haben. Zum Beispiel Kirgisistan, welches politisch instabil ist, beobachtet die ukrainische Entwicklung mit sehr großer Sorge, aber hält sich bewusst zurück, was politische Statements angeht. Weißrussland hat auch eine sehr widersprüchliche Rolle in diesem Konflikt, weil es einerseits von russischen Energielieferungen abhängig ist, aber gleichzeitig betrachtet es die Hegemoniebestrebung Russlands im postsowjetischen Raum mit Sorge, weil diese Situation die weißrussische Regierung in ihren Möglichkeiten einer unabhängigen Politik extrem einschränkt. Daher gibt es auch keine Einheit und ich glaube auch nicht, dass das erwünscht wäre.

Kann man die Eurasische Union als eine neuwertige UdSSR sehen, mit dem Ziel, die Länder zentralistisch an Russland zu binden?

Ich glaube, der Referenzpunkt ist die Europäische Union. Es ist nicht das Ziel, die UdSSR in irgendeiner Form wieder aufleben zu lassen. Es gibt keinen Schritt in Richtung eines Staatenbundes, da die Souveränität der Staaten anerkannt wird. Die Sowjetunion ist ein Versuch gewesen, die periphere Entwicklung der Mitgliedstaaten der ehemaligen Sowjetunion zu überwinden. Es war daher ein Modernisierungsprojekt bzw. eine „Modernisierungsdiktatur", die sehr wichtig war und daher sehr stark in Industrie, Bildung und Gesundheit investiert hat. Die Sowjetunion hat sich nebenbei vom Weltmarkt abgekoppelt und hat versucht, durch Autarkie eine Industrialisierung und Modernisierung in Gang zu bringen. Das wesentliche an der Sowjetunion war, dass die sozialistische Idee eine Alternative zum Kapitalismus symbolisiert hat. Das ist in der aktuellen Debatte und Gründung der Eurasischen Union kein Thema, es geht nicht um ein Alternativprojekt zum Kapitalismus, sondern um politisch, aus russischer Sicht, eine Hegemonie im postsowjetischen Raum sicher zu stellen und die Staaten zusammen zu halten. Es geht auch darum, Wirtschaftsentwicklung anzustreben, um eine Modernisierung gegenüber den westlichen Strukturen zu überwinden.

Sie haben vorhin den Begriff „Hegemonie" erwähnt, und diesen mit Russland in Verbindung gebracht. Heißt das, dass Russland in der Eurasischen Union der Entscheidungsträger wäre und nicht die übrigen Mitgliedstaaten?

Ja, ich glaube, aufgrund der Größe des Landes, der militärischen Kapazitäten, der Wirtschaftskraft, der Einwohner, der zentralen Lage, und dem Faktum, dass es an alle anderen Mitgliedstaaten grenzt, ist Russland das mächtigste und einflussreichste Land im postsowjetischen Raum. Russland ist aufgrund seiner kulturellen Dominanz ein natürlicher Hegemon in der Eurasischen Union. Das muss man anerkennen.

Gleichzeitig gibt es Versuche, die Desintegrationstendenzen, die mit der Auflösung der Sowjetunion eingesetzt haben und den ökonomischen Zerfall sowie die politische Neuorientierung dieser Länder zu ändern, da all diese Tendenzen aus russischer Sicht sehr besorgniserregend sind, weil Russland dadurch seinen Einfluss zu verlieren droht. Alle Länder der ehemaligen Sowjetunion sind aber nicht Mitglied der Eurasischen Union bzw. haben keine große Perspektive, Mitglieder zu werden, wie beispielsweise das Baltikum, die Ukraine oder Georgien. Der Schwerpunkt liegt vor allem auf dem zentralasiatischen Raum und dem Kaukasus. Russland ist damit bemüht, dort seine Hegemonie zu stärken, unter anderem auch weil China beginnt, einen Einfluss in diesem Gebiet auszuüben.

Was bedeuten die nationalen Entwicklungsmodelle Russlands und ihre aktive militärische Auslandspolitik für Europa und Österreich, wenn wir uns die Ukraine und Syrien anschauen, wo Russland eine Schlüsselfigur spielt?

Russland verfügt über substantielle politische aber auch über wirtschaftliche Interessen im postsowjetischen Raum. Wenn wir uns die Direktinvestitionen im postsowjetischen Raum ansehen, erkennt man, dass Russland prozentual den größten Anteil an ausländischen Direktinvestitionen einnimmt, weil es eine sehr enge wirtschaftliche Verflechtung in diesem Großraum gibt. Gleichzeitig gibt es einen Vertrag über kollektive Sicherheit, der ein militärischer und sicherheitspolitischer Vertrag zwischen Russland und einigen Ex-Sowjetstaaten ist. Es ist eine Art militärischer Beistandspakt, der militärische Kooperation garantieren soll.

Russland hat seit den frühen 2000er Jahren unter Vladimir Putin seine Position im postsowjetischen Raum und sein Gewicht in der Außenpolitik zu konsolidieren versucht. Ich würde das mit der russischen Entwicklung im Zusammenhang setzen. Was wir in den 1990ern erlebt haben, waren marktwirtschaftliche Reformen und die Entstehung einer neuen politisch-ökonomischen Elite. Politisch, weil neue Politiker sich zum Teil aus dem Parteiapparat der KPdSU, der alten Bürokratie, der Geheimdienststruktur, der Dissidenten Bewegung zusammen gesetzt haben, und zum Teil auch neue Gesichter hervorgekommen sind und eine neue Unternehmerschaft entstanden ist, die als Oligarchen bezeichnet werden. Dieser Prozess war am Ende der 1990er Jahre abgeschlossen. Mit dem anschließenden Versuch sich zu konsolidieren, gelang es in den 2000er Jahren die eigenen Interessen im Ausland durchzusetzen. Der russische Staat ist hier die zentrale Figur, der eine wesentliche Aufgabe bei der Erfüllung russischer Interessen hat.

Was die Eskalation der Konflikte angeht, würde ich als Hauptgrund die Wirtschaftskrise ansehen, die indirekt dazu beigetragen hat, dass sich die Situation verschärft, da seit 2008 ein zunehmender Verarmungsprozess im postsowjetischen Raum stattgefunden hat und es sich hierbei um eine „Dauerkrise" handelt. Bereits in den 1990ern ist es schon zu einer Krise gekommen. Dieser Prozess führt zu politischen und gesellschaftlichen Konflikten und natürlich klafft diese Kluft mit der Krise noch weiter auseinander.

Für die EU und Österreich bedeutet es, dass wir den postsowjetischen Raum als Krisenraum begreifen müssen, als Raum der von einer wirtschaftlichen, einer politischen und einer vom Auflösungsprozess der Sowjetunion behafteten Krise betroffen ist. Diese drei Konflikte sind im postsowjetischen Raum dominant und prägen diesen Raum. Für Europa und Österreich wäre es wichtig, diese Aspekte zu berücksichtigen und zu reagieren, weil diese Krisenverläufe und die damit einhergehende Instabilität vom Westen für lange Zeit ignoriert wurde.

Braucht Russland ein Feindbild nach außen, um die Innenpolitik zu stabilisieren?

Viele Spezialisten, Politiker und Aktivisten wür-

den diese These erstmals bejahen, und es ist schon etwas dran. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass es 2012 massive Proteste gegen Putin und gegen die russische Regierung gab. Es tauchten erstmalig die Fragen nach Neuwahlen und über die Zukunft des Landes ohne Putin auf. Heute ist davon keine Rede mehr. Es hat eine Entwicklung gegeben, die in der Bevölkerung massiven Rückhalt erfahren hat, obwohl seit 2012 der Rubel und der Ölpreis massiv gefallen sind. Trotzdem blieb die Popularität und die Stabilität der Regierung davon unberührt. Die Frage, die sich stellt, ist, wie es zu dieser gegensätzlichen Entwicklung gekommen ist, zumal die russische Regierung aufgrund der prekären ökonomischen Lage trotzdem mit dem Sozialabbau weitermacht. Es gibt massive Deregulierung und Abbau von sozialen Leistungen und im Gesundheitswesen.

Eine wichtige Erklärung ist der Ukraine-Konflikt, da die gegenwertige Debatte davon so stark beherrscht ist, dass andere Themen im Hintergrund getreten sind, ohne dass sie an Wichtigkeit verloren hätten, aber sie sind einfach nicht mehr präsent. Das Formulieren von sozialen Positionen wird dadurch sehr stark erschwert. Diese Situation wird in eine größere geopolitische Situation eingebettet, in der es eben eine verstärkte Auseinandersetzung zwischen Russland und der USA oder dem Westen kommt. Die gegenwertigen Strukturen tragen auf jeden Fall dazu bei, dass über die innenpolitischen Themen weniger geredet wird als vorher und das nützt dem Regime in Russland.

Sie vertreten die Meinung, dass die Dominanz des westlichen Kapitals und die periphere Einbindung in den Prozess der internationalen Arbeitsteilung die Autonomie des russischen Kapitals schwächen. Wie kann man das genauer verstehen und welche Instrumente bzw. Methoden tragen zu einer Schwächung bei?

Russland hat das Entwicklungsmodell gewechselt. Die Sowjetunion hat ein industrielles Modell verfolgt. Im ersten Schritt gab es eine umfassende Industrialisierung im Bereich der Schwerindustrie, des Militärkomplexes und der Konsumgüterindustrie, wobei letzteres in der Planwirtschaft strukturell hinterhergehinkt hat. Dieses Modell der industriellen Entwicklung wurde mit der Auflösung der Sowjetunion und der Konzentration auf den Rohstoffexport beendet. Was wir sehen ist, dass Russland die Rolle eines globalen Rohstofflieferanten wahrnimmt. Das heißt, Russland beliefert den Westen mit Öl, Gas und anderen Rohstoffe, aber mittlerweile auch China. Das führt zu einer strukturellen Abhängigkeit Russlands gegenüber den Rohstoffimportierenden Ländern. Dieses Missverhältnis wird in Russland stark wahrgenommen und kritisiert. Hier besteht ein Dominanzverhältnis westlicher Kapitalfraktionen gegenüber den russischen.

Zum Beispiel hat der Beitritt zur WTO dazu beigetragen, dieses ressourcenextraktivistische Modell weiter zu stabilisieren, weil die Kräfte, die an einem verstärkten Ressourcenexport interessiert sind von dieser wirtschaftspolitischen Öffnung profitiert haben.

Seit Mitte der 2000er-Jahre entstand ein Bewusstsein in Russland, die (Rüstungs-)Industrie zu modernisieren, um vom ressourcenextraktivistischen Modell wegzukommen. Seit der Ukraine-Krise änderte sich dieses Vorhaben. Wie sieht aus heutiger Sicht eine Modernisierung Russlands aus?

Ich würde von einer Stärkung der Kräfte sprechen, die eine Modernisierung bzw. Re-industrialisierung fordern. Die Ukraine-Krise und die damit einhergegangenen Sanktionen, die vom Westen gegen Russland verhängt wurden, haben dazu beigetragen, ein Umdenken innerhalb der russischen Elite zu fördern. Ein Umdenken dahingehend, dass die Abhängigkeit vom Westen erkannt wird und damit eine Gefahr für Russlands globale Position und seine Interessen durchzusetzen darstellt. Das schließt die Debatte, die Themen Modernisierung, „Importsubstituierung“ und Re-industrialisierung mit ein. Ein interessanter Punkt ist, dass die Rohstoffindustrie ein wesentlicher Träger in dieser Debatte geworden ist, weil ein Großteil der Sanktionen Russland den Import von Maschinen und Technik vom Westen verbietet, die Offshore Bohrungen beinhalten oder ermöglichen.

In Russland werden Öl und Gasfelder in Westsibirien in 20 bis 30 Jahren erschöpft sein und langfristig wird es nötig sein, neue Quellen ausfindig zu machen, die vor allem in der Arktis und im Schwarzen Meer vermutet werden. Dieses Vorhaben verlangt modernste Technik, die importiert werden muss. Und das Verbot dieser Importe hat dazu geführt, dass sich die Re-industralisierungstendenzen verstärken müssen, um in Zukunft eigenständig die Arktis erschließen zu können. Das war der entscheidende Schritt, weshalb diese Debatte eine solche Bedeutung gewinnen konnte.

Was bedeutet der Begriff „Importsubstitution“? Was kann man sich darunter genau vorstellen und was für Folgen hätte das für Russland?

Importsubstitution bedeutet, das Ersetzen von Importen durch einheimische Produktion. Das ist sozusagen ein Begriff, welcher die Re-industrialisierung begleiten soll, oder komplementär fungiert. Das Ziel ist, zukünftig nicht mehr Maschinen und Technik aus dem Westen zu beziehen, sondern eigenständig produzieren zu können. Das ist der Grund, weshalb es in der Debatte, um die Re-industrialisierung verwendet wird. Das hätte für Russland zur Folge, dass es sich unabhängiger vom technischen Know-How und Kapital macht und zukünftig in der Lage ist, seine industrielle Basis zu stärken, weil dieses Vorhaben sehr viel Forschung und Entwicklung, eine starke Produktion, viele Kapazitäten und natürlich eine Nachfrage benötigt. Sollte diese Importsubstitution gelingen, was sehr umstritten ist, dann hätte das ein Erstarken der industriellen Basis zur Folge und das wäre eine Re-industrialisierung. Man könnte das auch kritisch bewerten, weil nicht diskutiert wird, welche Bereiche entwickelt werden sollen und welche Sektoren sich nicht zu entwickeln lohnen. Aus ökologischen Kriterien wäre es sinnvoll, ökologisch schädliche Bereiche zu modernisieren. Eine andere Frage ist, ob man überhaupt in allen Sektoren eine Weltmarktführerschaft erreichen und eine Konkurrenz für den Westen werden kann, oder man sich nur auf bestimmte Bereiche konzentrieren soll.

Dr. Denis Matveev (Peace-Building-Konsulent, Crisis Management Initiative, Brüssel) hat bei einem Vortrag im Vergangenen Sommer am Karl-Renner-Institut gemeint, dass die OSZE als Initiator in der Ukraine-Krise agieren kann, um eine friedliche Lösung herbeizurufen, da

Deutschland 2016 den Vorsitz innehatte und Putin daran interessiert ist, mit Deutschland eine gemeinsame Lösung zu finden. Wurde auf diesem Weg schon tatsächlich an einer Verbesserung der Lage hingearbeitet und warum ist ausgerechnet Deutschland so interessant?

Das ist eine gute Frage. Es hat bereits in den 2000er Jahren ein Versuch gegeben, unter Kanzler Schröder die ökonomisch-politischen Beziehungen zwischen Russland und der EU zu stärken und auszubauen. Es mündete dann im gemeinsamen „Nein" zur Ablehnung gegenüber der USA im damaligen Irakkrieg. Davor gab es die Hoffnung, ein engeres Bündnis mit Europa und vor allen Dingen mit Deutschland und Frankreich zu ermöglichen. Dahinter steckt auch der Versuch, die USA aus europäischen Angelegenheiten zu verdrängen. Deutschland ist ein wichtiger Handelspartner für Russland, und aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen spielt die bilaterale Beziehung eine große Rolle.

Dann spielt sicherlich die politische Dominanz Deutschlands in der EU eine weitere große Rolle und aus russischer Sicht ist es daher wichtig, intensive Beziehungen mit Deutschland zu pflegen. Im russischen Establishment wurde das deutsche Vorgehen in der Ukraine-Krise nicht erwartet. Man hat nicht erwartet, dass Deutschland eine solche Position einnehmen würde. Aus russischer Sicht wurde der Konflikt automatisch massiv verschärft, und das hat zu Differenzen geführt. Im Rahmen des Minsker-Abkommens gab es den Versuch, eine Lösung des Konflikts herbeizuführen. All das kann als Versuch gewertet werden zwischen Deutschland und Russland einen Rahmen herzustellen, wo ein regelmäßiger Austausch stattfindet.

Es ist halbwegs gelungen, die Situation dahingehend zu stabilisieren, dass nicht jeden Tag gekämpft wird und das ist das eine Verbesserung. Allerdings muss ich sagen, dass ich keine Perspektive sehe, wie dieser Konflikt auf langer Zeit gelöst werden kann. Es deutet vieles darauf hin, dass dieser Konflikt zu einem „frozen conflict" wird, von denen es viele im postsowjetischen Raum gibt, aber keine einzige Seite sich darum bemüht, eine langfristige Lösung durchzusetzen.

Ich glaube, die OSZE könnte eine produktive Rolle spielen, allerdings konkurriert die OSZE mit anderen Sicherheitsstrukturen wie der NATO. Eine Stärkung von OSZE- oder UNO-Strukturen wäre hilfreich, allerdings müssten sie auch mit einem Mandat ausgerüstet werden, das Frieden durchsetzen kann. Das setzt aber voraus, dass sich die NATO aus diesen Gebieten zurückzieht, oder sich zumindest nicht mehr ausweitet.

Putin gelang es 2012 mithilfe konservativer Kräfte die Präsidentschaftswahl für sich zu entscheiden. Wie lässt sich das mit dem politischen Ziel, ein modernes Russland zu schaffen, vereinbaren?

Ich glaube, dass interessante dabei ist, dass in Russland die Kräfte, die Modernisierung oder besser gesagt Re-industrialisierung vorantreiben, stark konservativ-nationalistische Kräfte sind. Die Protagonisten, die diese Kräfte vertreten, sagen, dass Russland ökonomisch vom Westen viel zu abhängig ist, und es Russland an Know-How und an Kapital fehle. Zudem sei der industrielle Niedergang zu dramatisch. Die einzige Möglichkeit diese Defizite auszugleichen und ihnen entgegenzusteuern ist die Modernisierung des Landes, sonst droht ein Zerfall wie es momentan in der Ukraine der Fall ist. Diese ökonomischen Modernisierer sind national-konservative Kräfte, deren wirtschaftliche Positionen von neoliberalen Positionen abweichen, weil sie eine Stärkung des Staates, eine Stärkung von Investitionen und eine Stärkung des industriellen Sektors fordern, die auf Kosten des Rohstoffsektors aufgehen soll.

Diese Kräfte verbinden ihre politische Agenda mit einer sehr konservativen und nationalistischen Ideologie, die sich gegen verschiedene Minderheiten im postsowjetischen Raum richtet und auf eine Dominanz der russischen Kultur pocht. Gleichzeitig gibt es eine starke Wahrnehmung des kulturellen Zerfalls in diesem Lager. Dieser Zerfall wird im Hinblick auf den Westen und Europa wahrgenommen. Die diversen Krisen im Westen, wie die Flüchtlingskrise, werden in Russland als große Gefahr wahrgenommen. Daher entsteht eine Abgrenzung zu Europa und eine Annäherung zu nationalen-konservativen Werten.

Vielen Dank für das Interview!

Foto: Felix Jaitner

Felix JAITNER, MA, ist Politikwissenschaftler an der Universität Wien. Nach seinem Studium in Bremen, Moskau, Berlin und Wien promoviert er seit Sommer 2014 am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien zu ‚ungleicher Entwicklung und Rohstoffabhängigkeit in Russland'. Im Mittelpunkt der Dissertation stehen die Auseinandersetzungen um das rohstoffbasierte Entwicklungsmodell in Russland und die Versuche einen Re-industrialisierungsprozess einzuleiten. Er ist Mitglied der Forschungsplattform Osteuropa an der Universität Wien und Autor des Buches „Von Gorbatschow bis Putin. Die Einführung des Kapitalismus in Russland".

Das Leben auf den Trümmern des Sozialismus

Wladimir Putin bezeichnete im Zuge des Krim-Konflikts im Jahr 2014 den Zusammenbruch der Sowjetunion als „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“. Diese Aussage trägt jedoch nicht nur eine außenpolitische, sondern vielmehr eine an das Innere des Landes gerichtete Botschaft in sich. Was der Zusammenbruch der Sowjetunion für die russische Bevölkerung bedeutete, wird besonders eindrucksvoll in dem Buch „Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus“ von Swetlana Alexijewitsch, der weißrussischen Trägerin des Literaturnobelpreises 2015, dokumentiert.

In diesem Buch wendet die Autorin eine besondere Interview-Technik an, durch die den Angehörigen verschiedenster Gesellschaftsschichten des postkommunistischen Landes eine Stimme verliehen wird. Wie ein riesiger mehrstimmiger Chor erzählen sie der Interviewerin von ihrem Leben in der sozialistischen Ära und dem, was danach kam. Die subjektiven und teils widersprüchlichen Reflexionen über die bis heute spürbaren Nachbeben der Sowjetzeit erlauben den Leser/innen einen eingehenden Blick in die Tiefen der mysteriösen russischen Seele sowie auf die nicht immer nachvollziehbaren Mechanismen, die ihr zugrunde liegen.

Politische Relevanz

Der Mehrwert dieser zeitgeschichtlichen Dokumentation liegt auch darin, dass nicht bloß historische Fakten aneinandergereiht werden, sondern klar wird, welchen Einfluss die politischen Umwälzungen auf die Gesellschaft hatten und wie massiv sich dies bis zum heutigen Tag auf die Gestaltung der Politik auswirkt. Relevant ist es auch deshalb, um Antworten auf verschiedene politische Fragen zu bekommen, wie den Grund danach, warum Russland nie eine „lupenreine Demokratie“ geworden ist. Unterschiedliche historische Erfahrungen von Nationen und Kulturen sind schließlich einer der tragenden Gründe, weshalb sich Länder in verschiedene politische Richtungen entwickeln. Bei Bewertungen eines anderen Landes werden jedoch oft eigene Maßstäbe angesetzt und die Situation durch das Prisma der eigenen Erfahrungen betrachtet. Das vorliegende Buch verhilft dazu dieses abzulegen und den eigenen Horizont in Bezug auf Russland zu erweitern, ohne jedoch gleichermaßen dessen politische Vorgehensweisen zu rechtfertigen. Vielmehr geht es um den besonders heute sehr relevanten Eindruck von der gesellschaftlichen Grundstimmung in Russland, die sich zwangsläufig in der politischen Struktur wiederspiegelt.

Vorher und nachher

Das Buch ist aufgrund seiner thematischen Schwere keine leicht verdauliche Lektüre. Wiederkehrende Botschaften der polyphonen Erzähler/innen beziehen sich nämlich vordergründig auf das Leid, welches das sowjetische System mit sich brachte – interessanterweise wird dies jedoch nur in wenigen Fällen eindeutig negativ bewertet. Es scheint, als würde der postsowjetische Mensch in einer Serie von Schicksalsschlägen und unerfüllter Hoffnungen leben und sich damit weitestgehend abgefunden haben.

Das System brachte viele Opfer und viele Henker, die noch immer in der Gesellschaft präsent sind und nie die Möglichkeit einer Aufarbeitung des Erlebten bekamen. Der Zusammenbruch des Kommunismus brachte nämlich direkt neue Probleme mit sich, die Menschen wachten von einem Tag auf den anderen in einem ihnen völlig unbekannten Land auf. Mit der bei uns vielgefeierten Perestroika wurde nämlich ein neues System von oben eingeführt, in dem die meisten Russen und Russinnen bis heute den Hauptgrund für den Zusammenbruch ihrer Identitätsgrundlage sehen.

Andererseits berichteten im Zusammenhang damit viele von der anfänglichen Begeisterung und Hoffnungen auf ein würdevolles Leben. Doch diese schlugen rasch um, spätestens mit dem Beginn der Jelzin-Ära. Die so genannten „stürmischen Neunziger“ werden auch als die Einführung des Kapitalismus mithilfe des Blutvergießens bewertet: Gekennzeichnet durch die Absenz von strukturellen Reformen, Chaos, Unsicherheit, allgegenwärtige Kriminalität. Die Gesellschaft teilte sich plötzlich in Gewinner und Verlierer – in einem viel größeren Ausmaß als in der vorigen Epoche. Alle anfänglichen Hoffnungen wurden zerstört und das Land international nicht mehr ernst genommen.

Der besondere russische Weg

Nach solchen Rückschlägen, welche wie die 90er-Jahre die Gesellschaft spalteten und gegeneinander aufbrachten, war aus der Sicht vieler ein Wiederbeleben des alten autokratischen Systems in einer neuen Version nur der nächstlogische Schritt. Der Drang danach, der Welt und besonders dem „Westen“ seine Einzigartigkeit zu beweisen, greift noch viel weiter in die russische Geschichte als nur in das 20. Jahrhundert.

Die Suche nach der eigenen russischen Identität durch radikale Abgrenzung von allem, was der äußeren Sphäre angehört, scheint nicht abgeschlossen und sorgt immer wieder für gefährliche Entwicklungstendenzen. Sie bringt nämlich nicht nur eine Bekämpfung der äußeren Sphäre mit sich, sondern gleichermaßen Kämpfe gegen das Feindliche im Inneren – im Buch wird dies besonders eindrucksvoll durch Erinnerungen an frühere Denunziationen geschildert. Es macht beinahe den Eindruck, dass eine leidvolle und kriegsähnliche Atmosphäre im Laufe der Jahrhunderte zum Normalzustand für die russische

Gesellschaft geworden ist. Gerade deshalb sind wohl auch immer wieder Forderungen nach einer „starken Hand“ hörbar, die einerseits eine Identitätsgrundlage schafft und andererseits für Ordnung und Stabilität sorgt – Stalin wird nicht ohne Grund noch immer sehr ambivalent bewertet und zu einem großen Teil regelrecht herbeigesehnt.

Durch das permanente Leben im Krieg werden folglich alle Geschehnisse – angefangen von der persönlichen bis hin zur nationalen Ebene – anhand ihrer Folgen entweder als Sieg oder als Niederlage bewertet. Nach der Niederlage der 1990er wird somit ein erneuter Sieg angestrebt, wobei sich dieser scheinbar nur durch eine strikte Opposition zu der westlichen Lebensweise herbeiführen lässt. Der Westen wird nicht zuletzt deshalb verachtet, weil die Erfahrungen des Leides und Krieges durch einen so gesehen nicht verdienten Wohlstand ersetzt wurden. Das wird durch jene Stellen des Buches deutlich, an denen auf die eine oder andere Weise auf westliche Gesellschaften und Politiken Bezug genommen wird. Als O-Ton ist zu hören: Die Westler sind im Gegensatz zu uns verwöhnt und ertragen nichts – das macht uns stärker und besser.

Politische Instrumentalisierung

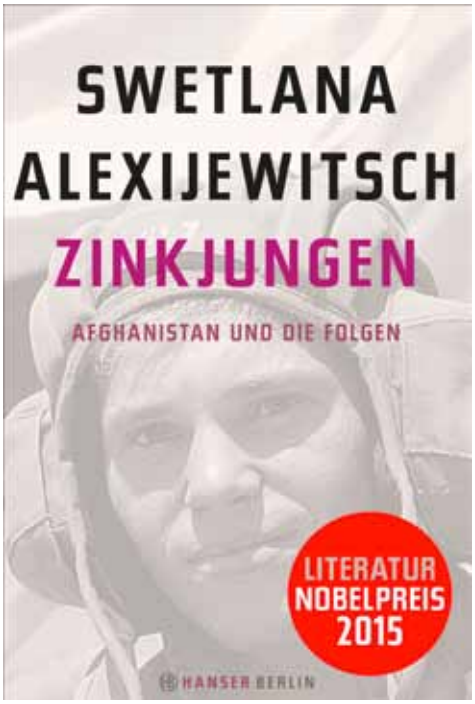
Nach der Lektüre des Buches wird den Leser/innen klarer, was das Erschaffen des neuen Regimes in Russland begünstigte und nun seit mehr als 15 Jahren am Leben erhält. Es ist weniger eine russische Vorliebe für den permanenten „Kriegszustand“, als vielmehr die Suche nach politischer Identität und Stabilität, um in eben solchen Lebensbedingungen überleben zu können. Indem die jetzige politische Elite Russlands genau diese Themen aufgreift, bietet sie dem traumatisierten Teil der Gesellschaft eine bequeme Orientierungsgrundlage nach einer Zeit der langjährigen Ideallosigkeit. Man könnte es auch stärker ausdrücken, indem man sagt, dass die Grundängste der Bevölkerung und des sich vor allem in den letzten 25 Jahren (und darüber hinaus) angesammelten Frustes instrumentalisiert werden. Somit ist das neue Regime natürlich nicht eins zu eins mit dem alten gleichzusetzen, sondern lediglich auf den Trümmern von diesem aufgebaut. Wie wenig diese zu unterschätzen sind, wird in diesem Buch besonders gut dargestellt, weshalb es als Anfangslektüre zu dem Thema Postsozialismus sehr empfehlenswert ist.

Kurz-Biografie von Swetlana ALEXIJEWITSCH, verfasst vom Verlag Hanser Berlin:

Swetlana ALEXIJEWITSCH, 1948 in der Ukraine geboren und in Weißrussland aufgewachsen, arbeitete als Reporterin. Über die Interviews, die sie dabei führte, fand sie zu einer eigenen literarischen Gattung, dem dokumentarischen »Roman in Stimmen«.

Alexijewitschs Werke wurden in mehr als 30 Sprachen übersetzt, und sie wurde vielfach ausgezeichnet, u. a. 1998 mit dem Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung, dem Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis der Stadt Osnabrück (2001), dem National Book Critics Circle Award (2006), dem polnischen Ryszard-Kapuściński-Preis (2011), dem mitteleuropäischen Literaturpreis Angelus (2011) und dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (2013). 2015 erhielt sie den Nobelpreis für Literatur.

Weitere Bücher von Swetlana ALEXIJEWITSCH, erschienen im Verlag Hanser Berlin:



Natalia KANCELOVA, BA, studiert Slawistik und Konferenzdolmetschen an der Universität Wien. Im Rahmen eines Freiwilligenprogramms verbrachte sie ein Jahr in Belarus und pflegt den Kontakt zu diesem postsowjetischen Land bis heute. Letztes Jahr absolvierte sie ein sechsmonatiges Praktikum bei der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen. Im Moment ist sie als studentische Hilfskraft an der Universität Wien und bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bratislava tätig.

Vom Heiligen Petrus bis Erdogan: Eine kurze Geschichte der Türkei

Am Festtag des Heiligen Apostel Andreas, dem letzten Novembertag 2014, besuchte Papst Franziskus die Türkei mit mahnenden, aber auch bestärkenden Worten. Er gedachte des Tagesheiligen, der die Kirche in Konstantinopel – dem heutigen Istanbul – gründete, der zugleich aber auch leiblicher Bruder des römischen Kirchengründers Petrus war. – ‚Verbrüdert' also sind Rom und Konstantinopel – verbrüdert auch Europa und die Türkei?

Die Jahrhunderte nach Petrus und Andreas leiteten eine kulturelle Entfremdung ein, die in Schismen, Kreuzzügen und ‚Türkenkriegen' ihren tristen Ausdruck fand und zum langen Dahinsiechen des Osmanischen Reiches beitrug.

Autoritärer Kemalismus (1923-1950)

Nach dessen endgültigen Zusammenbruch suchte sich der türkische Befreiungskrieg gegen armenische, griechische und weitere Besatzungen zu wehren. Als Sieger ging 1923 Mustafa Kemal Atatürk hervor; es folgte eine ungeheure Welle der Säkularisierung, die unter dem Etikett des ‚Kemalismus' eine westlich orientierte Kombination aus türkischem Nationalismus, wirtschaftlichem Etatismus sowie einem von der Öffentlichkeit weggedrängten, jedoch dezidiert ‚staats'-sunnitischen Religionsmonopol zum Inhalt hatte. Zahlreiche Kurden, die sich von den armenischen Truppen bedroht sahen, folgten Atatürks Apellen einer türkisch-kurdischen Einheit; derartige Diktionen wurden später zugunsten einer völligen Homogenisierung (Turkisierung) fallengelassen. Das multiethnische und multireligiöse Osmanische Reich fand seine Nachfolge in einer betont nationalistischen Türkei.

Nach dem Tod Atatürks 1937 folgte ihm als Staatsoberhaupt sein loyaler Mitkämpfer aus der Zeit der Befreiungskriege, General Inönü, der die autoritäre Abdrängung des religiösen Lebens ebenso fortführte wie die politische Entmündigung der Minderheiten. Während des Zweiten Weltkriegs buhlten verschiedene Kriegsparteien um Inönüs Gunst; unheilvolle Kriegsreminiszenzen schreckten aber den General vor einer Kriegsteilnahme ab. Die türkische Neutralität konnte bis Februar 1945 aufrechterhalten werden, als das Land letztlich doch gegen die Achsenmächte in den Kampf zog. Die Belohnung vonseiten der USA war reichlich; amerikanische Hilfeleistungen, etwa unter dem ‚Marshallplan' firmierend, blähten die türkische Wirtschaft sehr rasch auf.

Unter gestärktem Selbstbewusstsein (und internationalem Druck) ließen nun die säkularen Kemalisten erstmals freie Wahlen zu. Überraschend gewann die gegen den Atatürk-Erben Inönü gerichtete, traditionsbetonte Partei des Adnan Menderes die Wahlen 1950. Menderes, der den Druck gegen das religiöse Leben abzumildern suchte, ließ das drei Jahrzehnte lang Unerhörte wiederaufkommen: Der Gebetsruf war auf Arabisch (statt Türkisch) vernehmbar; religiöser Unterricht wurde verpflichtend; islamische Bildungseinrichtungen wurden eröffnet.

Erster Militärputsch 1960

Nach außen setzte das Land zunächst die Westanbindung fort, nahm am Koreakrieg aufseiten der USA teil und trat 1952 der NATO bei, in der die Türkei bis heute die zweitgrößte Truppe stellt. Das termingerechte Auslaufen amerikanischer Hilfeleistungen Ende der 1950er Jahre mündete in eine von der Menderes-Regierung leidlich improvisierte Austeritätspolitik. Gegen darauffolgende soziale Unruhen wusste sie nicht anders als harsch vorzugehen.

Als ominöse Vorsorge war angedacht, Kredite von Moskau anzusuchen; da griff das Militär – weiterhin Hüter des westlich orientierten Kemalismus – im Mai 1960 unter der Leitung eines in den USA trainierten Offiziers ein. Nach einer immensen Welle von Absetzungen unter Offizieren, Richtern, Staatsanwälten und Universitätsangehörigen wurde der erste demokratisch gewählte Regierungschef Menderes samt zwei seiner Minister nach einem kurzen Prozess wegen Hochverrats hingestreckt. Die leicht islamisch gefärbte Partei Menderes' wurde verfassungsgerichtlich verboten.

Nach einem schwierigen Inönü-Intermezzo gingen die Wahlen 1965 an die Menderes-Erben unter dem (in den USA ausgebildeten) Hydraulik-Ingenieur Demirel, der mit dem Bau von Staudämmen, Ölpipelines und der Bosporusbrücke die Wirtschaft beleben konnte. Innenpolitisch jedoch vermehrten sich Gewaltakte linkslinker Verbände, deren Terror bald nur von islamistischen und nationalistischen Gruppierungen übertroffen wurden. Gleichzeitig konnten sich Regierung und Militär über die Beziehung zu Zypern und Griechenland nicht einig werden; Demirels Partei zerbröckelte in erbitterte Fraktionen. Inmitten dieses Gewirrs äußerte sich erstmals eine 1970 gegründete islamistische Partei ausdrücklich gegen den Säkularismus. Die Entrüstung des kemalistischen Militärs erreichte prompt ein Verbot dieser Partei durch den türkischen VfGH.

Zweiter und dritter Militärputsch 1971 und 1980

Als Demirel sich weigerte, dem Militär im Kampf gegen den internen Terror mehr Kompetenzen zuzugestehen, bekam er 1971 vom Generalstabschef ein Memorandum über die Wiederbelebung Atatürk'scher Prinzipien ausgehändigt. Die implizite Drohung war deutlich genug; innerhalb weniger Stunden trat die Demirel-Regierung zu-

rück. Das Militär dominierte von nun an die Regierungsgeschäfte. Repressionen gegen die Linke sollten jeden gewerkschaftlichen Aktivismus lähmen, Universitäten verloren ihre Autonomie, die PKK wurde wegen kurdischen Separatismus angeklagt. Allerdings verstärkte sich nach der Ölkrise 1973 die terroristische Aktivität (etwa unter den faschistischen „Grauen Wölfen“). Das Massaker am Taksim-Platz am Tag der Arbeit 1977 oder das Pogrom von Maras 1978, bei denen über hundert Alewiten zu Tode kamen, sind Tiefpunkte dieser Periode, die in einem Jahrzehnt über fünftausend Opfer zu beklagen hatte. Der von der Bevölkerung bewillkommte Putsch unter General Evren erfolgte 1980, als das Militär im Namen des säkularen Kemalismus die innenpolitische Anarchie rasch zu beenden trachtete.

Re-Islamisierung der 1980er Jahre

Auf der Suche nach einem altbewährten gesamtsolidarischen Fundament, das die soziale Lage restabilisieren könnte, stieß die Junta auf die Prinzipien eines moderaten Islam. Das Militär billigte den Aufstieg von Turgut Özal, einem Angehörigen des Sufi-Ordens der Naqschabandi, der bald den gläubigen Muslimen autonome Organisationsrechte zugestand. Özals Befürwortung einer Anerkennung des Völkermords an den Armeniern provozierte vehemente öffentliche Kritik. Gleichzeitig nutzen islamische Zeloten und Hizbollahfreunde die neue Stimmung, um lautstark gegen jeden Säkularismus zu polemisieren und die Scharia als staatlich bindend zu fordern.

Die interne Instabilität – auch als Ergebnis einer vielleicht überstürzten wirtschaftlichen Liberalisierung – ging mit Menschenrechtsverletzungen einher, sodass das 1987 gestellte Ansuchen um einen Beitritt in die Europäische Gemeinschaft negativ beantwortet wurde. Als 1989 Özal das Amt des Premierministers verließ (und später vermutlich eines durch das Militär arrangierten Giftmords starb), wurden die Stimmen der islamisch gesinnten Wähler in Richtung der neuen Wohlfahrtspartei (RP) unter Erbakan gelenkt, die bei den landesweiten Wahlen 1995 als größte Partei (mit 21.3%) einen spektakulären Sieg feiern konnte.

Foto: Privatarchiv Bernd Hermann

Blick auf Instanbul: Das Handels- und Finanzzentrum der Türkei, ursprünglich bekannt als Byzanz bzw. Konstantinopel, ist die einzige Metropole der Welt, die sich auf zwei Kontinenten, Asien und Europa, befindet und somit als Brückenbauer zwischen Ost und West agieren kann.

Die Wohlfahrtspartei betonte Harmonie, Solidarität, Gerechtigkeit, träumte aber auch von einer stärkeren Rolle der Türkei in der lange vernachlässigten islamischen (post-osmanischen) Welt. Sie forderte eine Rückkehr des Islam als konstitutives Element nationaler Identität jenseits jeglicher Ethnie (ein Labsal den Kurden, die inzwischen ein etwas verspätetes „nationales Erwachen“ erlebten). Eine derartige Strategie war nach dem Ende des Kalten Krieges umso mehr realisierbar; der Westen zeigte ohnehin weniger Appetit auf einen türkischen EU-Beitritt. 1992 kam es zum ersten Gipfeltreffen der Turkrepubliken. Der Golfkrieg lenkte die außenpolitische Aufmerksamkeit in den Mittleren Osten.

Der „politische Islam“ nach dem Kalten Krieg

Das Misstrauen gegen die islamisch betonte Wohlfahrtspartei Erbakans saß sehr tief – immerhin hatten fast 80% des Volks die RP eben nicht gewählt. Unter der RP bekam die türkische Öffentlichkeit niegeahnte Bilder zu sehen: Ein Ramadan-Bankett in Erbakans Residenz mit turbanisierten Sheichs, vermehrte Freundschaftsreisen des Regierungschefs in arabische Länder, und Parteimitglieder, die sich bei der Hymne nicht zu erheben pflegten, befürworteten mit lauter Stimme, das Kopftuchverbot in öffentlichen Bauten aufzuheben oder auf dem symbolbeladenen Taksim-Platz (den ein Atatürk-Denkmal ziert) eine Moschee zu errichten.

Global war in dieser Periode nach dem Ende des Kalten Kriegs ein allgemeines Erwachen eines liberal agierenden ‚politischen Islam‘ zu verorten, der moderne Staatsinstitutionen nicht mehr kategorisch ablehnte, sondern sie vielmehr von innen her zunutze zu machen suchte.
Den Säkularen war dies jedoch ein Gräuel; das Militär formierte 1996 informelle Bewachungsgruppen gegen die Wohlfahrtspartei, ein Jahr später erhob der Generalanwalt eine formelle Anklage gegen sie, 1998 sprach der türkische VfGH diesem „antisäkularen“ Verband das Verbot aus. Prompt erwuchsen ihr zwei neue Köpfe, wovon der rechtere nach drei Jahren wiederum gerichtlich abgeschlagen wurde; die moderateren Mitglieder wurden in Richtung der anderen Nachfolgepartei (AKP) kanalisiert.

-->

Hegemonie der AKP

Seit 2002 regiert die AKP unter Erdogan die türkische Politik. Mit der Anerkennung eines Kurdenproblems leitete die AKP eine Wende ein; bis dahin wurden Kurden bloß als sozial unruhige „Bergtürken“ angesehen, deren öffentliche Thematisierung mit strafrechtlicher Verfolgung geahnt war. Das kurdische Sprachverbot hob Erdogan unter dem Schlagwort einer „demokratischen Öffnung“ auf. Ein Erfolg dieser Kampagne hätte auch Hoffnungen auf eine nicht mehr ganz unrealistische EU-Mitgliedschaft genährt. Versöhnungsgesten wurden allerdings wiederholt durch Gewaltakte der PKK abrupt unterbrochen, wodurch auch die Regierung in eine nationalistische Rhetorik zurückfiel und tausende kurdische Aktivisten verhaftete.

Durch eine Reihe von Wahlsiegen wuchs die AKP zu einem innenpolitischen Hegemon heran. Die säkulare Opposition drohte im vividen Kopftuchstreit mit einer Sperre der AKP, doch kam die Regierungspartei beim türkischen VfGH glimpflich davon. Im Zuge von (EU-indizierten) Reformen erlangte die Bürokratie immer mehr Kontrolle über das traditionell kemalistische Militär, sodass endlich eine demokratische Normalisierung proklamiert wurde. Dass allerdings ein solcher Machtzuwachs für die Zivilregierung in die Zeit der AKP-Hegemonie fiel, nährte die Furcht vor einer islamisch-autoritären Politik.

Entwestlichung

Die für die Türkei besonders enttäuschende Aufnahme (des griechischen) Zyperns samt neun anderen Staaten in die EU 2004 ließ nicht nur eine „Erweiterungsmüdigkeit“ innerhalb der EU aufkommen, sondern auch die türkischen Aspirationen auf die EU-Mitgliedschaft dahinschwinden. Dafür eröffneten sich der türkischen Außenpolitik neue Optionen im Nahen und Mittleren Osten. Der spiritus rector dieser Hinwendung zu den post-osmanischen Staaten, Ahmet Davutoglu, beklagte seit Langem die Verwestlichung muslimischer Länder, die ihren Aktivismus wieder auf die nächste „geo-kulturelle“ Zone zu lenken hätten. Visavereinbarungen, Freihandelsabkommen, humanitäre Hilfeleistungen mit dem Irak, Syrien und Ägypten leiteten diese neue Außenpolitik ein, wobei diesbezügliche Gipfeltreffen nicht selten altehrwürdige Hadiths des Propheten Mohammed zitierten. Islamische NGOs, die während der Balkankriege entstanden und seit dem Marmara-Erdbeben 1999 (das über 30.000 Tote in der Westtürkei forderte) eine besondere Aktivität entfaltete, werden von der AKP-Regierung vermehrt zur Förderung der neuen Strategie instrumentalisiert.

Herzliche Partnerschaften mit den Golfstaaten ließen den Eindruck einer „Sunnifizierung“ der Türkei aufkommen. Jahrhundertealte Vorurteile gegenüber Schiiten und Aleviten im geistigen Milieu der AKP wurden in der Benennung der 2016 fertiggestellten dritten Bosporusbrücke nach Sultan Selim sichtbar, zu dessen Vermächtnis ein traumatisierendes Massaker gegen Aleviten gehörte. Der Eindruck einer sunnitischen Orientierung verdichtet sich im Lichte der Syrienkrise, da die Türkei gemeinsam mit Saudi-Arabien und Katar dem alevitischen Assad-Regime ein Ende zu bereiten sucht.

Der Gülen-AKP-Zwist

Schlimmer aber als die Schia sei – nach einem Wort Erdogans – bloß die (sunnitische) Gülen-Bewegung. Die von Fethullah Gülen geleitete sozial-religiöse Bewegung Hizmet unterstützte lange die AKP im Kampf gegen den säkularen Kemalismus. Auch der Erfolg Hizmets ist ein Resultat des Endes des Kalten Kriegs und somit des transnationalen Erwachens eines „politischen Islam“, der staatliche Institutionen relativ unauffällig von innen heraus zu islamisieren trachtet. Nachdem Erdogans AKP den festgesetzten Kemalismus in Bürokratie und Militär genugsam schwächen konnte, kam es 2013 zu einem endgültigen Zwist zwischen den einstigen Mitkämpfern. Erdogan kündigte die Schließung des Gülen’schen Schulnetzwerks an, womit Gülens wichtigste Quelle für Finanzen und Rekrutierungen anvisiert wurde.

Das Bild einer sauberen und ehrlichen Partei verlor die AKP spätestens mit der unschönen Reaktion auf die Demonstrationen im Gezi-Park 2013. Das bis dahin sich eher als apolitisch gebärende Hizmet versetzte der AKP nun einen weiteren Schlag, als Gülens Anhänger in der Bürokratie einen immensen Korruptionsskandal innerhalb des engsten Erdogan-Kreises offenbarte. Das Misstrauen gegenüber Gülen erwachte nun auch in Zentralasien, im Kaukasus und dem Nahen Osten, da politische Infiltrationen als realistisches Szenario erkannt wurden.

Foto: Privatarchiv Bernd Hermann

Das Militär spielt in der Türkei eine wichtige Rolle. Am Bild sieht man Flugzeuge bei der Airshow 2012 in Izmir, der drittgrößte Stadt der Türkei.

Foto: Privatarchiv Bernd Hermann

Während die politische Lage in der Türkei sowohl bei türkischstämmigen als auch bei eurpäischen Bürger/innen umstritten ist, scheint der Tourismus unter den aktuellen Entwicklungen zu leiden. Das Bild zeigt eine Siedlung in Kappadokien in der Türkei.

Sunni-Schia-Dichotomie?

Diese inner-sunnitische Auseinandersetzung zwischen AKP und Gülen zeigt die Grenzen einer dichotomen sunnitisch-schiitischen Sichtweise auf; umso deutlicher wird dies mit Blick auf die türkisch-iranischen Beziehungen. Noch während der Syrienkrise erreichten türkisch-iranische Handelsbeziehungen einen seltsamen Höhepunkt (2012), der hauptsächlich türkischen Goldexporten zu verdanken war, die das Übel westlicher Sanktionen gegen den (schiitischen) Iran ausglichen. Ein überaus herzlicher Erdogan-Besuch in Teheran 2014 zeitigte weitere wirtschaftliche Kooperationen, die nach dem aufsehenerregenden Iran-Deal 2015 weiteren Auftrieb erhalten.

Seitdem die EU ihre Gas- und Ölimporte von Russland wegdiversifizieren möchte, wird die Türkei vermehrt als Transitland in den Blickpunkt gerückt. Die mit dem (turkstämmigen) Aserbaidschan zur Zeit gebaute Trans-Anatolische Pipeline dient diesem Zweck; in Zukunft werden womöglich Ressourcen aus dem (ebenso turkstämmigen) Turkmenistan und dem (schiitischen) Iran in die Pipeline eingefüttert. Die Transitgebühren, die die Türkei dabei einstecken wird können, werden wohl den Mangel der (längst nicht mehr innig gewünschten) EU-Mitgliedschaft halbwegs ausgleichen können.
Die oft simplizistisch unterstellte Dichotomie der türkischen Gesellschaft hält nicht. Jenseits der äußerlichen, alle auf Atatürks Ideologie rückführbaren Gegensätze von „Islamisten gegen Säkulare“, „Regierung gegen Militär“, „Türken gegen Minderheiten“ (Kurden, Griechen, Armenier, Aleviten), „Schia gegen Sunni“, „AKP gegen Gülen“ usw. stecken in Wirklichkeit komplexere Faktoren, die handfeste wirtschaftliche und macht- und geopolitische Interessen beherbergen.

Vierter Militärputsch 2016 – Europas Verantwortung

Wie wird es weitergehen? Welche Implikationen zeitigt der fehlgeschlagene Militärputsch vom Sommer 2016, der vielleicht von einer von der AKP-Hegemonie bedrohten kemalistisch-gülenistischen Koalition – einem Novum in der türkischen Politik – geleitet wurde? Welche Verantwortung trägt dabei der Westen, dem Erdogan vielleicht nicht zu Unrecht eine Islamophobie attestiert? Wieso fehlte die Zusicherung des Westens, während Russland Erdogans Regierung sofort zu bestärken suchte? Ist die ostentativ versöhnliche Beziehung zwischen Erdogan und Putin ein weiteres Signal der Entwestlichung unter der AKP, deren geopolitische Imagination neue, misstrauenerweckende Wege beschreitet? Welche Fragen, Hoffnungen, Ängste werden das Leben der von den Wirren des arabischen Frühlings, von den millionenfachen Flüchtlingsströmen, von staatlich sanktionierten Diskriminierungen, vom allmählich umhergreifenden ISIS-Terror mehr oder weniger intensiv betroffenen Bevölkerung prägen?

Sollte der Westen diesem hundertfach gespaltenen und politisch doch geeinigten Land, das eine ungeheure Bürde der interregionalen Verantwortung trägt, nicht ein bestärkendes Gefühl von Zusicherung, ja Zugehörigkeit schenken? Und doch sind dabei regionale Hegemoniebestrebungen der Türkei hinderlich. – Kulturelle Konzepte jedenfalls, die – wie Huntington und Davutoglu – deterministisch jegliche Vereinbarkeit zwischen dem islamischen und dem christlichen Kulturraum negieren, sollten ihre Aufmerksamkeit auf die mediterran-orientalischen Wurzeln des europäischen Geisteslebens wenden und bedenken, dass die Fundamente Europas und der Türkei verbrüdert sind.

Hofft nicht die mannigfach geplagte Bevölkerung auf ein Aufblühen der Türkei im Zeichen des Friedens? „Der Nahe Osten, Europa und die Welt warten auf diese Blüte“, versicherte Papst Franziskus bei seinem Besuch in Ankara. – Ja, auch wir in Europa?

Anmerkung der Redaktion: Der Autor hat diesen Bericht bereits 2016 verfasst, weshalb die aktuellen Geschehnisse bzw. das Referendum in der Türkei an dieser Stelle nicht berücksichtigt sind, was aber dem Wesen des Magazins, unter anderem Hintergrundberichte zu bringen, natürlich entspricht. Informationen zu den tagesaktuellen Geschehnissen entnehmen Sie bitte den verschiedenen Tageszeitungen.

Mag. Andreas PACHER studiert Rechtswissenschaften an der Universität Wien und absolviert derzeit ein postgraduate Studium an der Fudan Universität in Shanghai. Er strebt die Diplomatie als Arbeitsumfeld an. Während seines Studiums war er zudem auch Chefredakteur des Magazins Juristl - Zeitung der Fakultätsvertretung Jus.

"The Big Historical Achievement of the European Continent is Disappearing."

Stasa Dimitrijevic and Valerie Pechhacker spoke with H.E. Ivan Janez Jansa, former Prime Minister of the Republic of Slovenia, about the relationship between Austria and Slovenia, the migrant situation and boarder controls in Europe, the EU - Western Balkans relationship as well as the impacts of Brexit and the new U.S. administration.

Slovenia was the first former Yugoslavian country which became a member of the EU and the NATO. How would you explain such a successful transformation of the system and fast rapprochement to the EU?

During the common life in former Yugoslavia, Slovenia was the most developed part of the country, bordering Western Europe. So, the starting point of Slovenia after separation was better, we had some advantages at that time. Inside the region, it wasn't a surprise that Slovenia first entered the EU and the NATO. Actually, we expected to join NATO even earlier, 1997 when Hungary, Czech Republic, and Poland became members Slovenia was also one of the candidates. We were disappointed at that moment, but frankly speaking, we were still not prepared.

Seven years later, we were more prepared, we theoretically fulfilled all conditions, but in practice, Slovenia was still dealing with some problems that should have already been solved before. If we had negotiated separately, I think we would have been pushed to do more in terms of judiciary reform and market reform, but we were in a group with other countries. The majority of Slovenians thought that this was an advantage for us and that we managed to cheat someone. After ten years we saw that this wasn't so good.

Now, when we speak about the EU or NATO enlargement, I am a strong advocate of strict measures and supervising if the conditions are fulfilled. We now see a similar problem in Rumania, Bulgaria, for instance. But this is currently not such an important problem when whole Europe is dealing with some other challenges.

How do you see the role of Slovenia in the strengthening of the European perspective for the Western Balkans?

Slovenia is a strong advocate of the EU enlargement toward Western Balkan. We think that the Thessaloniki decision from 2003, when the European Council guaranteed open doors to all countries that fulfill the conditions, is still valid and is something we need. Frankly speaking, the EU is the only positive alternative for Bosnia and Macedonia, maybe even for Serbia and Kosovo because if they join the union all those bilateral issues between them will become less serious.

There would be a new possibility for mediation and protection of minorities. We could solve all these issues on a high level inside of the EU in the surrounding which allows all the civil measures for settling of those issues. During the last couple of years, this enlargement process was somehow neglected and the situation has become worse in some countries like Bosnia and Macedonia, for example. So, for those countries one of the rare common goals, which has a strong support among people, is joining the EU. With failing to fulfill this goal in the short term we are just creating new problems.

The Thessaloniki decision represents a unique decision which was taken for the first time in the history of the EU. For example, the situation was not the same when it comes to Eastern Partnership. For those countries, their European perspective is not granted as soon as they fulfill the conditions. This decision was made just for the Western Balkans to give them positive perspective. They can get a better life, they just need to transform, reform and introduce the European standards. Theoretically, the path is very clear but practically, mostly because of the current situation in the EU, everything is under question.

The EU still struggles to cope with the migrant crisis. In what way does this crisis affect the political situation in Slovenia?

So far, mostly politically. The real effect is not so big because the majority of the migrants who entered the country during summer and autumn

photo: UNA-AUSTRIA

UNA-AUSTRIA volunteers Valerie PECHHACKER and Stasa DIMITRIJEVIC interviewed H.E. Ivan Janez JANSA, former Prime Minister of the Republic of Slovenia, in frame of the International Club.

2015 were just crossing the country. They never wanted to stay in Slovenia, but just to go further to Austria and Germany. The fear was created by the images showed on TV and in the newspapers, with thousands of people just crossing the Schengen border without any regulations, without any checking. The problem was that this lasted for months and these pictures managed to create different atmosphere also in Slovenia. People are still afraid that this will repeat, even though there is no danger currently. Every time someone mentions migration, people are intrigued. This became a much bigger problem than it should be if we only looked at the number of asylum seekers. The feeling among the people is still a feeling of fear.

In Slovenia, after entering the Schengen area in 2008, people were very satisfied, there was a big celebration, also because part of our citizens lived in Northern Italy and Carinthia and could meet their relatives without border controls and faced economic cooperation as well as good neighborhood policy, everything seemed so bright at that moment. After seven years, they saw that that it was just an illusion. They watched fences being built on the Austro-Slovenian border, then at the Slovenian-Croatian border. The good feeling, which came to Slovenia, when all the borders were destroyed, disappeared. So, the consequences are much more serious than they would be if we only looked at the numbers.

I think that the situation is the same in whole Europe. The biggest problem is the different political situation which was created, not by the numbers of refugees and not the situation itself, but by the feeling people got that we created something, we created this free area of travel and so on, and now it´s disappearing, the big historical achievement of the European continent is disappearing. This atmosphere is creating different political consequences, which are threatening the foundations of the European Union itself.

Would you say that the relationship between Slovenia and Austria has changed lately because of the border controls?

At the beginning of the migration crisis, or this part which was the consequence of the so-called Western Balkan Route Closure, because Europe faced the same crisis when the illegal migrants came through Spain and through the Mediterranean, but this was far away from central Europe, so nobody worried. But when people started to come through the Balkan route, we started to feel it. First the Slovenian government and the Austrian Government, they all refused to build fences, or to put any barbwires at the border. The public opinion was also more or less against that the situation starts to change. Well, now the fences are built not only on the Schengen-border, or the external border, but on the borders between the Schengen-members of the European Union and this cannot improve the relations. It is an understandable measure for a short time, for a limited period. But if this becomes the reality, then we can say goodbye to the Europe we know so far.

What impact has the BREXIT on the Slovenian economy?

Great Britain is not our biggest trading partner inside the European Union. But the Slovenian economy is export oriented, we depend very much on the export, on the custom Union, on open borders and the common market. This is our national interest. Among those 70 percent of the export, the main partner is Germany, then France, Austria and Croatia. But Great Britain is important for the whole European Union, it´s 20 percent of the European economy. And we will all feel the consequences of BREXIT, Brits and the rest of the Union. There are not only economic consequences we are worried about, there are also political consequences. Before, there were only countries that wanted to enter the European Union, now for the first time a country voted to leave the Union. This is the most challenging situation inside the European Union after the collapse of the Berlin Wall.

Do you think that the new U.S. administration will have an impact on the relationship between the U.S. and Slovenia?

Of course, there will be changes in the relations between the European Union and the United States, they are part of NATO, so we will feel some consequences. But currently, I´m much less worried what´s happening in the US, they will settle their issues. I´m much more worried about the situation in Europe. I would be much happier if the European press would deal more with our problems than with American´s.

If you look on the front pages of the Financial Times or everywhere, there is only Mr. Trump or Obama. For the current situation in Europe it´s total nonsense, it´s unimportant. The Americans will survive because they are a big market, only 14 percent of the American economy is made by export, so it´s almost opposite like in Europe, Slovenia, Germany and others are export oriented economies. We share different approaches on Free Trading Agreements. This is our interest, we should fight for these Free Trading Agreements to continue, to be renegotiated.

But first of all, we have to settle our issues inside the European Union. If we are strong, then it´s no problem to negotiate with strong countries. If we are weak, there are not only the United states that are a problem. Russia will become a more serious problem and the Middle East will become a much more dangerous place. Africa has unsolved issues. So, the European Union has to face this situation very critically, very responsibly, has to go back to its foundation and become strong. So, nobody, however strong and radical, outside the European Union can shake us. I think that dealing with the problems of others is totally the wrong strategy.

So you don´t think that we should worry when President Trump talks about destabilizing the European Union?

There is one thing that has been a problem from the beginning for the American Elite, no matter if Democrats or Republicans, and that was the Euro. Because when it was established, it was a real competition to the U.S. currency, the U.S.-Dollar. Which has been, from the Bretton Woods-Agreement from 1944, almost the sole important currency in the world. Huge reserves, maintained in U.S.-Dollars, from China and a lot of other countries. So of course, for the U.S. economy this has been a huge luxury, because of that they are still able to maintain big deficits. So, part of the world economy has been financing the deficit of the United States. And they feel that the Euro is a threat to this monopole

situation of the U.S. currency. The Euro was attacked in America all the time. This was not so obvious to the Europeans, because it wasn´t a big issue for the European press. But this is not a new situation. And as I said before, there is no president, of any other country, outside the European Union, that can destroy the European Union, because it´s upon us.

The youth-unemployment rate at this time in the EU is 18,6% and in Slovenia it is 16,8%. What measures can be taken to reduce the youth-unemployment rate in Slovenia?

The Youth-unemployment rate in Slovenia is high, but a large part of the young population leaves the country to find a job or to study after they finish school. They are not able to find jobs in the country and this is one of the biggest problems we are facing, especially because the most educated, the people most prepared to risk something, leave the country to find their luck somewhere else, and this is a big loss.

The current government is trying to do something, but the problems can´t be solved without new investments to create new jobs. And we know what medicine works, we have to remove the barriers for the entrepreneurs, we have to lower the taxes, which went up during the crisis, when Slovenia financed the so called social state, with big increasing of transfers. We also must increase the money spent for research and development. We have to liberalise the labour market, which is also a problem. We have people who should retire but are still working and at the same time young people, that are better skilled and better prepared, who can´t find a job.

So, there is a variety of measures on the table. But of course, all these measures are called reforms and reforms are not popular. Slovenia is one year before the elections, so I´m afraid nothing will happen until the next elections.

What advices do you have for the young people in Slovenia and the EU for the future?

Last Saturday the young branch of our party, the youth, hold a congress. We have a strong youth organisation, they are quite active, but in Slovenia only a small part of the young population is active. The vast majority is just waiting for something to happen. But last Saturday I told them, never forget the solidarity, you have to help the retired people, we have a solidarity pension system.

Before that I always told them, it´s almost sure that you can expect, that the next 25 years for you will be better than the last 25 years have been for your parents. Your future is secure because we are members of the European Union and the NATO.

But last Saturday was the first time I couldn´t say the same. There are no guaranties anymore that the next 25 years will be better for you than the last 25 years were for your parents. So things which were considered obvious, granted during the last decades are not here anymore. You will have to fight, the situation is changing, it´s demanding and also the young generation is called to contribute a solution.

Thank you for the interview!

photo: UNA-AUSTRIA

H.E. Ivan Janez JANSA, former Prime Minister of the Republic of Slovenia, believes that not a president of any other country outside the EU can destroy the European Union, however he sees some danger that the EU member states can destroy the Union themselves.

photo: UNA-AUSTRIA

Ivan Janes JANSA, born in 1958, was Prime Minister of the Republic of Slovenia from 2004-2008 and from 2012-2013. Before that he was Minister of Defence from 1990-1994. Jansa leads the Slovenian Democratic Party, which is a member of the European People's Party (EPP-Group) since 1993. He has a degree in Defence Studies from the University of Ljubljana .

„Wenn jemand in Not ist, müssen wir unabhängig vom religiösen Glauben helfen.“

Bernd Hermann sprach mit Dompfarrer Toni Faber über die katholische Kirche, den Kirchenbeitrag, die Spendenfreundlichkeit in der Bevölkerung, über die Flüchtlingssituation und eine mögliche Islamisierung in Europa sowie der Christenverfolgung weltweit. (Das Interview wurde bereits im Jänner 2016 geführt.)

In vielen Ländern, in denen die Bewohner/innen ursprünglich nicht christlichen Glaubens waren, hat die katholische Kirche einen relativ großen Zuwachs. In Europa scheint es, als würden immer weniger Menschen in die Kirche gehen. Wie können Sie sich das erklären? Was müsste sich in Europa ändern, damit die Menschen wieder in die Kirche oder in die Gottesdienste gehen?

Ich glaube, es ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, dass sich gebundene, sinngebende oder biologische Gemeinschaften - im Gegensatz zu weniger verbindlichen Gemeinschaften – über einen längeren Zeitraum durch Zugehörigkeiten auszeichnen. Die bekennenden Kirchgänger mögen dabei sicherlich immer nur ein kleiner Teil sein. Aber gerade angesichts der Schwierigkeiten, die auf Europa zukommen werden oder über uns schon gekommen sind, halte ich es für eine positive Erscheinung, dass mehr Leute darüber nachdenken, welche Wurzeln uns eigentlich tragen, woher wir kommen, wohin wir gehen und was uns jetzt Sinn gibt.

Das äußert sich jetzt zwar noch nicht direkt durch eine Vermehrung der Anzahl der Gottesdienstbesucher oder einer Minderung der Austrittszahl. Das ist nach wie vor eine ganz traurige Erfahrung, die wir statistisch wieder belegt bekommen haben. Die Anzahl der zahlenden Mitglieder und Sympathisanten sowie die Zahl der Gottesdienstteilnehmer sinkt zwar, aber ich denke, dass die Flüchtlingsthematik nicht nur die Flüchtlingsfeindlichkeit oder Fremdenfeindlichkeit vorantreibt, sondern auch sehr viele Menschen guten Willens wachruft, die es begrüßen, dass die Kirche wieder für notleidende und arme Flüchtlinge eintritt.

Es ergibt sich somit eine qualitative Zuspitzung der Situation: Da gibt es einerseits jene, die sich Angst einjagen lassen und andererseits jene, die bereit sind, etwas für die konkret Notleidenden zu tun, aufzustehen und nicht nur sitzenzubleiben. Wenn alle Menschen, die sich christlich nennen, in den Gottesdienst gehen würden, dann hätten wir insgesamt weniger Angst und mehr Möglichkeiten, den Herausforderungen zu begegnen. Es braucht meist etwas Schlimmes, beispielsweise diese schreckliche Tragödie von Parndorf, dass sich so viele Menschen aus der Gesellschaft plötzlich in der Lage fühlen, von Beginn an etwas zu tun.

Wir haben hier eine beeindruckende Erhebung der Zivilgesellschaft erlebt. Noch vor den Pfarrgemeinden und den christlichen Gemeinschaften, waren hunderte oder tausende Menschen bereit, sich über einen nicht überschaubaren Zeitraum für die Notleidenden einzusetzen. Dass nach Wochen und Monaten einmal eine Ermüdung eintritt ist auch klar. Dann muss auch die Politik in die Pflicht genommen werden. Es muss ihnen gesagt werden, dass es eine Schande für die EU ist, dass sie als Gesamtgesellschaft nichts zustande bringt, sondern die Zivilgesellschaft erst die Politiker wachrufen muss. Und doch haben die Politiker - so sehr sie es bei uns in Österreich, in Deutschland oder Schweden versucht haben - die EU noch immer nicht bewegt, etwas gemeinsam zu tun. Es handelt sich hierbei eigentlich um einen Sprung, der hoffentlich irgendwann wieder einmal zu kitten sein wird. Natürlich waren auch Italien mit den hunderttausenden Flüchtlingen, die auf Lampedusa eintrafen, oder Griechenland über- bzw. gefordert, aber dass gesamtgesellschaftlich nichts passiert ist, ist ein Trauerspiel.

Viele junge Menschen, die vielleicht selbst noch keinen Kirchenbeitrag zahlen müssen, stehen diesem sehr kritisch gegenüber und fragen sich, warum es eigentlich eine finanzielle Zwangsmitgliedschaft in der katholischen Kirche gibt. Wie können Sie das erklären, warum ist das so?

Das Wort „finanzielle Zwangsmitgliedschaft“ möchte ich hier ein wenig abschwächen. Bei jedem Verein, bei dem ich Mitglied bin und der einen Mitgliedsbeitrag einhebt, stellt sich die Frage, ob ich das als Zwangsmitgliedschaft bezeichnen soll. Es handelt sich hierbei um einen Beitrag, der diese Gemeinschaft, der ich als Mitglied angehöre, befähigt, ihren Aufgaben unbeschadet der täglichen Stimmungsschwankungen nachgehen zu können. Das betrifft natürlich Personalkosten, Sachkosten, Immobilienkosten, sowie letzten Endes auch Betreuungskosten von Initiativen. Gerade hier sind wir froh, dass die Kirche nicht nur vom Spendenbeutel der Gottesdienstteilnehmer abhängig ist, sondern darauf vertrauen kann, dass sie nachhaltig Renovierungen machen und nachhaltig einen Betrieb rund um die Leuchttürme der Mitmenschlichkeit und der Gottesnähe aufrechterhalten kann.

Leider war erst unlängst wieder ein Artikel in der Presse von einem Kirchenhistoriker zu lesen, der anmerkte, dass wir diese Form des Kirchenbeitragsgesetzes den Nationalsozialisten verdanken, die damit bewirken wollten, dass alle aus der Kirche austreten. Das war damals nicht der Fall. Von jenen Hunderttausenden, die ausgetreten sind, sind viele wieder eingetreten. Zudem meinte man dann in der Nachkriegszeit, dass der Kirchenbeitrag eigentlich gar nicht so übel sei, da die Kirche dadurch eine gesicherte Grundlage habe. Dass dies nicht auf ewig halten wird, ist

klar, aber es schafft uns jetzt ausreichend Mittel, um unseren Hauptaufgaben nachzukommen. Daher möchte ich mich auch derzeit nicht unbedingt dafür einsetzen das Kirchenbeitragsgesetz zu ändern, wenn wir dadurch automatisch in eine schlechte Situation hineingehen würden.

Ich wüsste überhaupt nicht welche Regierungsform ich mir wünschen sollte, um nicht Angst haben zu müssen, dass sich die Situation der katholischen Kirche und der anderen Glaubensgemeinschaften verschlechtern würde. Ich bin froh, dass das Konkordat auf Basis dieses Kirchenbeitragsgesetzes gilt und der Staat Interesse daran hat, Bürger in einer Gemeinschaft aufgehoben zu wissen, die sehr viele Leistungen für den öffentlichen Bereich, für den Staat, für das Gemeinwohl leistet. Alleine das Schulwesen, das in Wien knapp ein Zehntel ausmacht, die katholischen Kindergärten, das katholische Spitalswesen, das katholische Pflegewesen liefert nicht nur in Wien einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl.

Das sind lauter Teilbereiche, in denen Gläubige einen anstandslosen, nicht kritisierbaren wichtigen Beitrag bei für das Gemeinwesen leisten. Das würde durch eine Abschaffung des Kirchenbeitrags alles mit in Frage gestellt werden. Junge Leute schauen natürlich auf jeden ihrer Euros und möchten wissen, was sie dafür haben. Allerdings habe ich viele Wiedereintritte jedes Jahr von nicht mehr ganz jungen Menschen aus der zweiten Phase der Jugend, in der man an die eigene Familiengründung und an Partnerschaften denkt sowie daran, für Freunde Taufpate oder Firmpate zu werden. Viele treten später wieder ein, obgleich sie früher dachten, dass sie keinen Nutzen aus dem Verein ziehen würden und daher nichts einzahlen wollten. Wenn ich die erste Suchphase des Studentenseins und die erste Arbeitssuchphase beendet habe, dann weiß ich wieder, wo ich Mitglied sein will. Ich glaube, das ist ein normaler Entwicklungsprozess von jungen Menschen, die das Vorrecht haben, alles in Frage zu stellen und dann leicht den Schritt zum Bezirksamt finden, weil sie vorerst nicht mehr Mitglied der Kirche sein möchten. So ein Kirchenaustritt bedeutet ja auch kein Abmelden von jeglicher Religion und nimmt nicht den Menschen jegliches religiöse Bekenntnis. Die meisten verstehen es sicherlich als eine kurze Auszeit, die man sich nimmt und aus der man dann auch wieder zurückkehren kann. Das ist zumindest meine Erfahrung mit den 85 Wiedereintritten im letzten Jahr. Ich bin also guter Stimmung.

Nichtsdestotrotz sind die Gesamtzahlen der österreichischen Kirche, wie uns die Statistiken der katholischen Kirche zeigen, nicht ermutigend. Die Zahlen sind nicht nur gleichbleibend, sondern gleichbleibend schlecht und sogar leicht abfallend. Das kann durch die Zahl der Wiedereintritte schöngeredet werden - das ist sie allerdings nicht. Die Kirchenaustrittszahlen sind letztes Jahr wieder um 2,73% gestiegen und das ist beängstigend. Es ängstigt mich zwar nicht derart, weil ich befürchten müsste, dass es in 20 oder 30 Jahren keine Katholiken mehr gibt. Das wird sicherlich nicht der Fall sein. Tatsache ist allerdings, dass die Kirche in Österreich beständig 25.000 Katholiken verliert und das obwohl wir gute Umfragewerte haben, obwohl in letzter Zeit kein großer Skandal passiert ist und obwohl wir einen phantastischen Papst haben, der PR-mäßig nicht zu überbieten ist. Und dennoch tritt eine Kleinstadt pro Jahr aus der Kirche aus. Das ist erschütternd.

Sie haben die katholische Kirche mit einem Verein gleichgesetzt. In fast jedem Verein ist es aber so, dass das Mitglied sagt „Ich will eintreten" – in der katholischen Kirche ist es fast umgekehrt, da sagt man gegebenenfalls „Ich will austreten". Wie sehen Sie da die Parallelen?

Die Eltern entscheiden zu Recht freiwillig und ohne jeden Zwang auf welche Lebensbahn sie ihr Kind setzen möchten. Sie sagen durch die Taufe, ich möchte mein Kind nicht nur mit Milupa ernähren, ich möchte es nicht nur in Markenkleidung stecken, ich möchte nicht nur diese Schule oder diese Erziehung ihm angedeihen lassen, sondern ich möchte auch, weil ich weiß, dass diese Glaubensgemeinschaft diesem Kind etwas Gutes tut, dass es der katholischen Kirche angehört. Deshalb lassen sie es taufen, deswegen geben sie es zur Erstkommunion, melden es zur Firmung an und dann wird der junge Mann, die junge Frau sich selbst entscheiden können, ob er bzw. sie das beibehalten und fortsetzen will oder eben nicht.

Außerdem wächst gleichzeitig nicht nur die Anzahl derer, die wiedereintreten, sondern auch die, die sich als Erwachsene taufen lassen. Das sind inzwischen in der Erzdiözese Wien über 150-200, vielleicht sogar 300 pro Jahr. Das ist schon spannend, dass nicht nur Migranten, die aus areligiösen, nichtchristlichen Gebieten kommen, sich als Erwachsene taufen lassen, sondern dass ich selbst im letzten Jahr 5 Österreicher, Österreich-stämmige Menschen gehabt habe, die halt aus ausgetretenen Familienverhältnissen stammen, nicht mehr getauft wurden und dann mit 20, 25, 30 sagen „Das ist mein Weg, ich möchte diesen Weg gehen".

Das ist nicht durchschlagend erfolgt, dass sie die Austrittszahlen aufheben würden, aber eine interessante Perspektive, dass wir hier weiterbauen können, uns für Menschen, die aus welchen Gründen auch immer, diese kirchliche Gemeinschaft noch nicht kennen gelernt haben, einzusetzten und es zu ermöglichen, wenn sie dazu kommen wollen. Es gibt natürlich viele, die aus Migrationsverhältnissen kommen. Ich habe gestern eine erwachsene Taufkandidatin bei mir gehabt, die seit zwölf Jahren in Österreich studiert und sich in einen katholisch-praktizierenden Kollegen, einen Wissenschaftskollegen verliebt und dann gesagt hat „So wie ich ihn in seiner Familie katholisch-praktizierend erlebe, das macht seine Religion anziehend." Daher will sie sich selbst, als geborene Chinesin, die hier studiert und arbeitet, dann auch zu diesem katholischen Glauben entscheiden und macht jetzt eine mehrmonatige Vorbereitung. Das ist beeindruckend, das sind einzelne Lebensgeschichten, die natürlich das Zeug dafür haben als Hoffnungsgeschichte andere anzuregen.

Sie haben selbst gesagt, man tritt am Magistrat aus. In Österreich sind eigentlich Kirche und Staat getrennt, warum tritt man nicht selbst bei der katholischen Kirche aus?

Weil der josephinische Staat und später der aufgeklärte Staat gesagt hat „Ich möchte vermeiden, dass mein Staatsbürger in seiner Entscheidung dieser kirchlichen Gemeinschaft nicht mehr anzugehören, irgendwie belästigt und genötigt werden könnte, doch nicht auszutreten." Deswegen hat sich das herausgebildet, dass der Staat sagt, du bist ein freier Staatsbürger, wenn

Foto: AfA

Dompfarrer Mag. Anton (Toni) FABER und Chefredakteur Bernd HERMANN. Faber: „Die Ursehnsucht des Menschen, das lässt sich aus allen Befragungen und Statistiken herauslesen, ist sicherlich eine gelungene, verbindliche und dauerhafte Beziehung."

du dieser Religion nicht mehr gehören willst, kannst du dich bei uns abmelden, und unter unserem Schutze sagen wir dem Pfarrer, der dich schimpfen könnte, der dir auf die Zehen treten könnte, dass diese Person ausgetreten ist.

Ein Wiedereintritt oder eine Taufe hingegen sind bei der kirchlichen Gesellschaft selbst anzumelden. Der Staat selbst interessiert sich nicht mehr, welcher religiösen Gemeinschaft seine Staatsbürger angehören. Wenn man sich von einer religiösen Gemeinschaft lösen will, dann schützt der Staat seine Staatsbürger in den Rechten der religiösen Unabhängigkeit, aber er fragt nicht mehr nach bzw. tragt es gar nicht mehr am Taufschein ein, sondern lässt eine große Individualisierung der Gesellschaft zu.

Die Spendenfreudigkeit ist ja zum jetzigen Zeitpunkt relativ hoch in Österreich. Könnten Sie sich vorstellen, dass die katholische Kirche den Kirchenbeitrag auf freiwilliger Basis einhebt und es den Bürgerinnen und Bürgern freilässt, ob sie dem Roten Kreuz, den Samaritern, der Caritas oder eben der katholischen Kirche spenden?

Die Spendenbereitschaft ist derzeit sehr hoch. Ich bin beeindruckt und es erfüllt mich mit großer Dankbarkeit, wenn ich sehe, wie die Sternsinger, die Kinder- und Jugendorganisationen unterstützen, Jahr für Jahr das dreifache an Spendengeldern einbringt, als eine mediale Walze der guten Superaktion von Licht ins Dunkel. Wir haben an die 16 Millionen Euro 2015 durch das Sternsingen eingenommen und durch Licht ins Dunkel kommen noch weitere 5,7 Millionen Euro herein.

Alle Untersuchungen von den Finanzkammerdirektoren von den Diözesen zeigen, wie die Finanzlage wäre, wenn wir von heute auf morgen auf freiwilligen Beiträge umstellen würden. Wir würden nicht einmal ein Drittel dessen, was wir jetzt haben, bekommen. Das lässt uns natürlich nicht mutig in diese Richtung voranschreiten und nicht fordernd an die Politik herantreten und sagen, „Verhandeln wir das Konkordat neu". Es würde sich, wie gesagt, sehr vieles für uns verschlechtern, wenn wir keine Mitgliedsbeiträge mehr einheben könnten.

Ich würde nun gerne zu einem anderen Thema kommen, zum Thema ‚Flüchtlinge'. 2015 war ja das stärkste Jahr der Flüchtlingströme bis jetzt, was würden sie den Politiker/innen aus ihrer Perspektive für die nächsten Jahre raten? Was wären die entscheidenden Schritte, die gesetzt gehören?

Es liegt mir sehr viel daran, dass die Politiker und die vielen Menschen guten Willens eine richtige Lösung finden. Ich würde mir wünschen, dass sich unsere Politiker kraftvoll in der EU dafür einsetzen können, dass Solidarität zwischen Mitgliedstaaten herrscht und sich die Staaten ihrer Verantwortung stellen. Das kann nicht die EU sein, wo wir Grenzen dichtmachen und die Menschen einfach ins Nachbarland schicken. Das geht so nicht.

Ich bete oft für unsere Politiker, dass sie sich nicht von kurzfristigen politischen Erfolgen auf dem medialen Boulevard beeindrucken lassen, sondern mit viel Maß Ziele als Ziele erkennen. Da ist einfach das Menschenrecht auf Asyl ganz hoch oben. Es ist möglich, solche Ziele zu erkennen und gleichzeitig machbare Schritte in die richtige Richtung zu setzen. Manchmal vermute ich, dass bei der einen oder anderen Initiative einfach die Angst da ist, von einer Stimmung des Boulevards abgestraft zu werden. Man muss aber der Angst, der Fremdenfeindlichkeit und der Gewaltbereitschaft gegenüber denen, die aus welchen Gründen auch immer nicht unseren Werten zu entsprechen scheinen, friedlich entgegentreten. Das Maß muss immer der einzelne Mensch sein. Vernünftigerweise wird man immer über Zahlen reden müssen, aber das Maß muss immer der einzelne, notleidende Mensch sein. Da ist das internationale Recht hundertprozentig auf dieser Seite und es ist ein absolut christlicher Grundgedanke, dass ich in jedem Menschen ein Ebenbild Gottes erkennen darf.

Wenn jede Gemeinde, jede Pfarrgemeinde, jede politische Gemeinde, jeder Verein eine Familie aufnimmt, wäre die Situation schon eine ganz andere. Ich habe unlängst gehört, dass in Bayern fast jede politische Gemeinde eine Gruppe oder eine Familie von Flüchtlingen aufgenommen hat, sonst wäre es gar nicht möglich, die Zahl an Flüchtlingen aufzuteilen. In kleinem Rahmen gelingen Integrationsaufgaben auch leichter als in Massenquartieren, wo eine kleine Gemeinde mit 200 Einwohnern plötzlich über hundert Flüchtlinge daneben haben soll. Natürlich ist es dann schwieriger, mehrere kleine Unterkünfte zu verwalten als ein paar große, aber die Integration wird so sicherlich besser gelingen.

Als der Kardinal an alle Gemeinden ausgerufen hat, tausend Flüchtlinge in der katholischen Kirche in Wien aufzunehmen, habe ich ihn zu 100% dabei unterstützt. Es war eine leichte Möglichkeit, dass wir Asylwerbern nicht nur Unter-

schlupf, sondern eine Wohnung und eine Heimat bieten können, bis ihr Verfahren abgeschlossen ist. Ich habe selbst versucht in meinen Bereichen, 20 Asylwerber am Stephansplatz längerfristig unterzubringen. Das ist ein kleiner Teil. Ich habe auch einen Pfarrerkollegen im 15. Bezirk, der in seiner Pfarre für einige Nächte bis zu 3000 Flüchtlinge aufgenommen hat.

Wir haben zudem angedacht einen Wertekurs mit Thomas Schäfer-Elmayer anzubieten, was natürlich nicht der wichtigste Schritt ist, aber dennoch ein relevanter. Viele Flüchtlinge wollen ja auch lernen und lernen zum Beispiel Deutsch. Manche tun sich leichter, manche tun sich schwerer. Meine Konventionsflüchtlinge aus Syrien haben einen Gymnasialprofessor zur Hilfe, für das siebenjährige Mädchen habe ich einen Schulplatz in einer katholischen Schule vermittelt und für das fünfjährige Mädchen einen Kindergartenplatz bei der katholischen Kindergartenstiftung. Das neugeborene Kind ist erst 4 Wochen. Sie alle haben eine schöne Wohnung. Ich habe jetzt große Hoffnung, dass solche Geschichten gelingen und auch andere anstiften können, nicht nur über das Neue zu schimpfen und sich zu fürchten, sondern auch selbst zu helfen. Natürlich haben Menschen, die vielleicht helfen wollen, teilweise auch Angst, dass die Flüchtlinge Verbrecher sein könnten, aber da kann ich nur entgegnen, dass auch zahlreiche in Österreich geborene Menschen Straftaten begehen und in Gefängnissen sitzen. Wir müssen auf jeden Fall auch all die guten Hoffnungs- und Erfolgsgeschichten weitererzählen und nicht nur die schlechten oder negativen Erlebnisse.

In drei Worten, was wären die drei wichtigsten Dinge, die wir jetzt machen müssten? Was sind die wichtigsten Themen, die Flüchtlinge jetzt betreffen?

Die Maßeinheit Mensch, Solidarität und mutige Hilfsbereitschaft. Und ein viertes vielleicht noch: Hoffnungsgeschichten.

In Österreich fürchten sich ja viele Menschen vor einer Islamisierung. Wie sehen Sie das Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen?

Ich habe vor jeder Form von Fanatikern einen gehörigen, … nicht Respekt, … Angst ist auch falsch gesagt – vor jeder Form von Fanatikern muss sich eine Gesellschaft in Schutz nehmen, muss ihnen sehr vorsichtig entgegentreten. Ich fürchte mich nicht vor Menschen islamischen Glaubens, die wir in den letzten Jahrzehnten, Jahrhunderten in Europa locker aufnehmen konnten. In Wien kennen wir eigentlich eine Form des friedlichen Islams, aber auch die 150 Wahnsinnigen, die als Jihadisten in den Krieg ziehen wollen. Die hat es leider in der christlichen Geschichte, in den letzten hundert Jahren auch gegeben. Natürlich ist es mir nicht angenehm, wenn sich Sunniten und Schiiten in vielen Teilen der Welt den Kopf einschlagen, muss aber demütig dazu sagen, dass sich Christen, evangelische und andere, in den letzten Jahrhunderten auch nicht friedlich begegnet sind – der Dreißigjährige Krieg ist kein Honigschlecken gewesen.

Es ist eine berechtigte Forderung, dass Religion nicht machtvoll missbraucht wird, aber in der Realität der tausendjährigen Geschichte müssen wir festhalten, dass die Religion immer wieder versucht ist, sich zur Macht missbrauchen zu lassen. In Österreich haben wir aber nach wie vor einen potentiellen Anteil von Menschen islamischen Glaubens, vor denen niemand Angst haben muss. Fanatikern muss man allerdings mit sehr großer Vorsicht begegnen und gesellschaftliche Fehlentwicklungen benennen und öffentlich sagen, was die Hausregeln bzw. die Benimmregeln in Österreich zum Beispiel gegenüber Frauen etc. sind. Aber das ist nicht einem islamischen Glauben immanent, sondern in der patriarchalen Denkart, die dann durch Alkohol und Hass noch gestärkt wird. Was sich bei uns in Österreich bei Festen oder im Fußballstadion abspielt, wenn eine grölende Menge von Männern sich nicht korrekt verhält und jemanden übergriffig begegnet, schieben wir das Gott sei Dank nicht der christlichen Kirche in die Schuhe, sondern sprechen vom betrunkenen Pöbel. Weder hier hat das mit der christlichen Religion zu tun, noch hat das bei Flüchtlinge mit dem Islam zu tun.

Christen werden auch in vielen Teilen der Welt verfolgt, welchen Beitrag kann man dagegen als Christ in Europa leisten?

Ein völliger Wahnsinn, dass wir in einem Jahrhundert oder einem Jahrzehnt leben, wo die Christenverfolgung größer ist, als in den Zeiten davor. Und wir als Christen in den westlichen Ländern sagen „Ja, da kann man nicht sehr viel machen." Es ist erschreckend, was da passiert und wie wenig wir dagegen tun. Es ist uns bewusst, wir unterstützen diese und jene Initiative, aber können dem nicht vollkommen beikommen. Das ist eine Beschämung der Christen in der freien Welt, dass wir da viel zu wenig tun.

Wenn wir Christen in der ganzen Welt helfen, darf es aber auch nicht dazu führen, dass wir dann Bürger anderer Religionsgemeinschaften nicht mehr helfen, und zum Beispiel Muslime an unseren Toren abweisen. Das ist wirklich ein Fehlentschluss, den leider manche Pfarrgemeinden im ersten Moment auch gemacht haben. In Syrien sind halt 95% Nicht-Christen, die fliehen, und daher kann ich nicht, wenn ein Ertrinkender sich bei mir am Boot festhält und sagt „Rette mich", zuerst nach seiner Religion fragen. Wenn jemand in Not ist, müssen wir unabhängig vom religiösen Glauben helfen.

Die katholische Kirche in Österreich oder auch insbesondere der Vatikan erwecken oft unter den jüngeren Menschen den Eindruck, dass sie eher etwas Altmodisches seien, eher für Pensionistinnen und Pensionisten. Wie stehen Sie dazu? Ist das Image der katholischen Kirche noch zeitgemäß für die Jugend?

Wie wohl der Papst Franziskus seinen 79. gefeiert hat, hat er doch seinen Geburtstag mit ein paar tausend Tangotänzerinnen aus Argentinien am Petersplatz gefeiert. Ich glaube, da kommen trotz seines Lebensalters doch viele Jugendliche und wollen ihn sehen und mit ihm sprechen. In der katholischen Kirche gibt es viele Entscheidungsformen, die antiquiert sind, aber es gibt Gott sei Dank auch den einen oder anderen Aufbruch. Wir kennen die Pfingstbewegung in Weiz, ein Jugendkonzil in Salzburg, verschiedene Formen von Gebetskreisen, Young Caritas, Sozialinitiativen, Gebetsinitiativen. Es gibt zahlreiche Initiativen, bei denen die Jugend eingebunden ist.

Nach wie vor, firme ich selbst tausend Firmlinge jedes Jahr, und wenn ich mir diese 13-, 14-jährigen Jugendlichen anschaue, habe ich nie den Eindruck, dass wir uninteressant werden, sondern wir prägen sie in dieser wichtigen Lebensphase der Pubertät mit einigen Monaten Vorbereitungszeit mit einigen ehrenamtlichen

Erwachsenen, die sie begleiten. Das ist ein toller Beitrag zum Gelingen der Gesellschaft. Dass wir nicht nur Parties in der katholischen Kirche anbieten, ist auch klar, aber ich denke, dass viele junge Menschen gerade deswegen zu uns kommen und eine gewisse Form der Nachdenklichkeit, der sozialen Initiative oder der spirituellen Suche anstreben.

Viele jüngere Menschen der heutigen Generation leben ein anderes Leben als ihre Elterngeneration, sei es auf Grund ihres Kleidungsstils, der häufig wechselnden Beziehungs- bzw. Sexualpartner, der freizügigeren Kleidung, etc. Wie stehen Sie dazu?

Also die Ursehnsucht des Menschen, das lässt sich aus allen Befragungen und Statistiken herauslesen, ist sicherlich eine gelungene, verbindliche und dauerhafte Beziehung. Dass ich da manchmal sicher länger auf der Suche bin, bis ich die oder den richtigen finde, das ist auch ganz normal. Die Freizügigkeit der Gesellschaft, die größeren Versuchungen der modernen Zeit, das Internet, in dem man so vieles konsumieren kann, was einem nachhaltig nicht gut tut, die Möglichkeiten, die neue Kommunikationsmedien bieten, können die Ursehnsucht, nach einer sinnstiftenden Beziehung aber nicht ausrotten, so wie die Gottessehnsucht. Da bin ich nicht schlechter Hoffnung, dass sich automatisch alles verschlechtern muss, nur weil die Zeit sich ändert.

Ich bin heute erst 53 Jahre alt, aber wenn ich daran denke, wie das bei mir vor 25 Jahren war, muss ich sagen, dass die Gesellschaft heute gewagter ist als damals. Ich war damals auch in einem liberalen Jugendclub. Wir haben quasi auch alles getan, was Gott verboten hat, und sind deswegen auch nicht schlechter gefahren, aber irgendwann entscheidet man sich dann, ob ich etwas Aufbauendes, etwas Zukunft stiftendes, etwas Verbindliches will oder ob ich nur herumtanzen möchte. Man wird vermutlich nicht ein Leben lang auf der Pirsch sein können und nur flirten und genießen, irgendwann wird man verantwortlich sein müssen, wenn man etwas Verbindliches in die Welt setzen will.

Die katholische Kirche hat ja relativ viele Skandale in der letzten Zeit gehabt, vor allem im sexuellen Bereich. Glauben Sie, dass es da Möglichkeiten gibt, denen vorzubeugen bzw. sie zu verhindern? Wenn ja, welche?

Es gibt mittlerweile Präventionsmaßnahmen, Präventionsmaßregeln und Verbindlichkeiten von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern in der Kirche. Ich glaub durch die dramatische Erfahrung, dass es auch in unseren Gemeinschaften und Pfarrinstituten so viel an Missbrauch gegeben hat, hat eine notwendig heilende Präventiveinstellung ergeben, die manchmal wehtun kann, weil man nicht mehr unvoreingenommen gewisse Dinge tun kann.

Ich selbst muss mich hinterfragen, ob ich mit meinen kleinen Nichten und Neffen händchenhaltend durch die Innenstadt gehen soll, oder wird man da sofort unter den Generalverdacht eines Missbrauchstäters gestellt. Das ist brutal. Wir haben uns aber auf Grund dieser schrecklichen Vorkommnisse in der Vergangenheit geeinigt, dass wir keine Kinderbeichten mehr in einem geschlossenen Raum abhalten, sondern vorne im Kirchenschiff sitzend, im Chorraum, für alle einsehbar, aber nicht hörbar. Wir versuchen hier alle möglichen Fehlformen auszuschließen, aber eine gewisse Form einer zur Seelsorge geforderten Intimität ist notwendig. Man hat auch keinem Kind mehr in einem geschlossenen Raum die Hand aufzulegen, nicht auf die Schulter, nicht auf den Kopf, und vor allem nicht wo anders hin.

Wie stehen Sie zu weiblichen Pfarrerinnen?

Das wird vermutlich noch eine Zeit dauern. Es tut mir wahnsinnig leid für intellektuelle, begabte Frauen, die uns zurecht kräftig auf die Finger klopfen und sagen, das wird nicht die letzte Antwort der katholischen Kirche sein. Frauen bekleiden aber seit einiger Zeit bereits viele Leitungsämter in Wien. Die Leiterin einer Kontrollstelle ist eine Frau, die Leiterin der Finanzkammer war eine Frau, die Leiterin des Schulamtes war eine Frau, das ist gut. Wir haben auch eine Pastoralamtsleiterin, also doch viel mehr als vor 30 Jahren noch möglich schien. Aber es ist derzeit noch Usus, Frauen das priesterliche Leitungsamt zu verwehren. Das wird aber wahrscheinlich vernünftigen, christlichen, katholischen Frauen nicht genügen, wenn wir nur mit dem Verweis auf die christliche Tradition die Priesterweihe für Frauen auszuschließen.

Ich bin jetzt 53, Gott sei Dank, dass ich noch bei wachen Verstand erlebe, und ich habe viele Prozesse innerhalb der Kirche erlebt, und es wird die Zeit kommen, dass alle anerkennen, dass Frauen gleichwertig sind, natürlich hundertprozentig gleichwertig wie Männer und das wird auch nicht vor dem Priesteramt haltmachen können.

Letztes Stichwort: Eheerlaubnis unter Geistlichen?

Die Zölibats-Frage ist dort und da durchlöchert. Ich habe drei katholische Priester im Dom, die verheiratet sind. In der Erzdiözese haben wir insgesamt zehn bis fünfzehn Priester, die ehemalig evangelische Pfarrer und daher verheiratet sind. Wir haben so viele verheiratete Diakone, die ihren Dienst machen, taufen und trauen dürfen. Das wird sicher eine erweiterbare Möglichkeit sein, aber der Zölibat wird, glaub ich, nicht so schnell komplett abgeschafft, sondern eher erweitert werden.

Vielen Dank für das Gespräch!

Anmerkung: Wir haben das Gespräch bewusst in einer eher „mündlichen Form" abgedruckt, um die Dynamik der Konversation beizubehalten.

Foto: AFA

Mag. Anton (Toni) FABER, geboren 1962 in Wien, studierte katholische Theologie am Priesterseminar in Wien, wurde 1986 zum Diakon und 1988 zum Priester geweiht. Seit 1999 ist Toni Faber Dompfarrer der Dompfarre St. Stephan und Dechant für das Stadtdekanat 1.

„Die Kompetenz der ÖH endet dort, wo sich die Interessen der Studierenden nicht mehr von jenen der Allgemeinbevölkerung unterscheiden“

Bernd Hermann sprach mit Andreas Jilly, Obmann der Aktionsgemeinschaft (AG), über die Österreichische Hochschülerinnen und Hochschülerschaft (ÖH) und deren Aufgaben und Pflichten gegenüber Studierenden, Probleme und Herausfoderungen des Studierenden-Alltags, sowie über die ÖH-Wahlen 2017.

Die AG ist ja die größte Fraktion in der Österreichischen Hochschülerinnen und Hochschülerschaft, der Interessenvertretung der Studierenden. Was sind derzeit die größten Probleme an den österreichischen Hochschulen?

Das größte Problem ist die Unterfinanzierung der Hochschulen. Das zeigt sich in der Platzproblematik bei überlaufenen Studienrichtungen. Oft muss man in den Vorlesungen am Boden sitzen oder bekommt keinen Platz in seiner Übung, wodurch es zu unverschuldeten Verzögerungen im Studium kommt. Im aktuellen Regierungsprogramm wurden uns 2% des BIP für den tertiären Bildungsbereich versprochen, von denen wir leider noch weit entfernt sind. Als AG fordern wir diese 2% vehement ein und werden dies auch als ÖH tun.

Als Konsequenz braucht es ein geregeltes Zugangsmanagement. Da die finanziellen Mittel begrenzt sind, müssen auch die Studienplätze begrenzt werden. Es braucht daher Aufnahmeverfahren und faire Aufnahmetests in überlaufenen Studienrichtungen. Endlich hat auch die Bundesregierung erkannt, dass ein solches Zugangsmanagement nötig ist. Durch die kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung wird eine langjährige Forderung der AG umgesetzt und die Qualität im Studium gesichert.

Auf den Plakaten wirbt die AG für ein Studententicket. Was ist die genaue Forderung dahinter?

Für viele Studierende sind Mobilitätskosten eine große finanzielle Belastung. Wir wollen daher ein günstiges Österreichweites Studententicket, das altersunabhängig ist und für alle Öffis gilt. Dabei sollen bestehende lokale Vergünstigungen erhalten bleiben. Wir haben in der ÖH-Bundesvertretung eine Arbeitsgruppe zum Studententicket initiiert, die lange von der GRAS blockiert wurde. Auf die Arbeitsgruppe folgte eine Petition, die über 25.000 Personen unterschrieben haben. Leider hat die derzeitige Exekutive danach nichts mehr für das Studententicket getan. Wenn die AG in die Exekutive kommt, werden wir von der Bundesregierung die Einführung eines Studententickets einfordern und endlich umsetzen.

Welche Möglichkeiten gibt es, im Studium internationale Erfahrung zu sammeln?

Das Erasmus+ Programm ist eine gute Möglichkeit, Auslandserfahrung zu sammeln. Dabei kann man in einem anderen Land studieren oder arbeiten und wertvolle Erfahrungen sammeln. Leider gibt es noch manchmal Probleme bezüglich der Anrechnung oder es kommt durch die unterschiedlichen Semester-Beginn-Zeiten zu einem Semesterverlust. Wir stehen dabei in Kontakt mit den Hochschulen und auch mit österreichischen Vertretern in Brüssel, damit wir auch diese Hürden beheben und es für alle Studierenden möglich ist, ohne Probleme ein Auslandssemester zu absolvieren.

Die ÖH hat in der Vergangenheit immer wieder zu allgemeinpolitischen Themen Stellung bezogen und hat auch Demonstrationen unterstützt. Ist Allgemeinpolitik auch Aufgabe der ÖH?

Nein. Die Aufgabe ist es, die Studierenden bei allen studienbezogenen Belangen zu vertreten. Dort hat die ÖH Kompetenz und wird auch gehört. Die Kompetenz der ÖH endet dort, wo sich die Interessen der Studierenden nicht mehr von jenen der Allgemeinbevölkerung unterscheiden. Die derzeitige linke Exekutive auf Bundesebene hat zu allen möglichen allgemeinpolitischen Be-

Foto: AFA

Chefredakteur Bernd HERMANN im Gespräch mit seinem AFA-Kollegen Andreas JILLY, Bundesobmann der AG.

langen Stellung bezogen und dafür unsere ÖH-Beiträge verwendet. Dabei wurden die wichtigen bildungspolitischen Themen vernachlässigt. Das ist unserer Interessenvertretung nicht würdig und muss sich ganz dringend ändern. Für alle weiteren politischen Themen abseits der Hochschulpolitik sind andere Organisationen zuständig. Es ist ja nicht so, dass Studierende nur bei der ÖH-Wahl wahlberechtigt sind und nur von der ÖH vertreten werden.

Von 16. bis 18. Mai finden wieder die ÖH-Wahlen statt. Bei den vergangenen Wahlen ist vor allem die niedrige Wahlbeteiligung aufgefallen. Woran liegt das?

Das liegt in meinen Augen daran, dass sich die Studierenden von der derzeitigen ÖH auf Bundesebene oder auch auf der Universität Wien nicht vertreten fühlen. Als AG setzen wir daher auf Service für die Studierenden und eine starke Vertretung in studienrelevanten Belangen, die sie wirklich betreffen. Die Studierenden sollen ihren ÖH-Beitrag durch ein umfassendes Service der ÖH zurückbekommen. An den Standorten an denen die AG den Vorsitz der lokalen Hochschulvertretung stellt (z.B. in Innsbruck, Linz, Graz, Leoben und an der WU) spüren die Studierenden, wie sehr sie von der ÖH im Studium unterstützt werden. Leider ist das auf Bundesebene und z.B. an der Universität Wien nicht der Fall. Dort werden derzeit ÖH-Beiträge an einschlägige Vereine gespendet oder bezahlte Presseaussendungen für linksradikale Gruppierungen ausgeschickt.

Was leider viele nicht bedenken, ist, dass sich an der Situation nichts ändern wird, wenn man nicht wählen geht. Mein Appell an die Studierenden ist daher, wählen zu gehen und mit einer Stimme für die AG diese Missstände zu beenden.

Als größte Fraktion ist die AG bundesweit dennoch in Opposition, wie siehst du die Chancen der AG, in die Exekutive der ÖH-Bundesvertretung zu kommen?

Wichtig ist es, zur Wahl zu gehen. Dann können wir es endlich schaffen, die Missstände in der ÖH zu beenden und sie wieder zu einer serviceorientierten und starken Interessenvertretung für uns Studierende zu machen. Bei meinen Gesprächen mit den Studierenden in ganz Österreich war zu spüren, dass sie den Kurs der derzeitigen Bundes-ÖH satt haben. Andererseits sehen die Studierenden an den Standorten, an denen die AG die Exekutive stellt, was die ÖH sein kann. Jetzt geht es darum, diesen Spirit in die Wahlkabine zu tragen. Wenn uns das gelingt steht einer AG-Exekutive auf Bundesebene nichts entgegen.

Mit welchen Fraktionen könnt ihr euch eine Koalition vorstellen?

Wir werden nach der Wahl mit allen Fraktionen sprechen und Gemeinsamkeiten suchen. Allerdings wird es mit den zwei kommunistischen Listen und dem RFS verständlicherweise wenig Gemeinsamkeiten geben.

Was hat dich in die ÖH-Politik und zur AG geführt?

Ich bin durch die Pressearbeit zur AG gekommen. Neben dem Studium habe ich immer gerne geschrieben und habe dann die Möglichkeit bekommen, für die AG Presseaussendungen zu schreiben. Dabei habe ich gesehen, wie wichtig eine starke Interessenvertretung für uns Studierende ist. Gleichzeitig habe ich aber leider auch gesehen, welche Missstände es z.B. in der Bundes-ÖH gibt und wie dort mit unseren Beiträgen umgegangen wird. Das hat mich unfassbar geärgert. Ich habe es dann als meine Pflicht gesehen, das zu ändern und habe daher schon 2015 auf der Bundesliste der AktionsGemeinschaft kandidiert. 2015 wurde mir dann das Vertrauen geschenkt, die AG österreichweit zu vertreten und ich wurde zum Bundesobmann gewählt. Was natürlich auch immer ein Faktor ist, sind die Freundschaften die man knüpft, wenn man ein gemeinsames Ziel verfolgt. So sind unsere Mitstreiter nicht nur meine Kollegen, sondern zählen zu meinem engsten Freundeskreis.

Vielen Dank für das Gespräch!

Die Österreichische Hochschülerinnen und Hochschülerschaft (ÖH) ist die gesetzliche Interessenvertretung aller Studentinnen und Studenten an den österreichischen Hochschulen. Die Mitgliedschaft ist eine Pflichtmitgliedschaft, wobei die Studentinnen und Studenten pro Semester 19,20,- Euro Mitgliedsbeitrag zahlen. Dieser wird direkt von der Hochschule eingehoben und beinhaltet auch eine Unfall- und Haftpflichtversicherung am Hochschulstandort. Die ÖH gliedert sich auf mehrere Ebenen: Bundesvertretung, Universitäts- bzw. Hochschulvertretung und die Studienvertretungen. Alle drei Ebenen werden bei den ÖH-Wahlen alle zwei Jahre gewählt. Die Bundesvertretung der ÖH besteht aus 55 Mandataren, die nach dem Wahlergebnis beschickt werden. Derzeit sind 10 Fraktionen in der Bundesvertretung vertreten: AktionsGemeinschaft (AG), Grüne Alternative Student_Innen (GRAS), Verband Sozialistischer Student_innen Österreich (VSStÖ), Fachschaftslisten Österreich (FLÖ), Junge liberale Studierende (JUNOS), Fraktion engagierte Studierende (FEST), Kommunistischer StudentInnenverband (KSV), Kommunistischer StudentInnenverband linke Liste (KSV lili), Ring freiheitlicher Studenten (RFS), die Liste (LISTE). Die Bundesvertretung wählt aus ihren Reihen die Vorsitzenden der ÖH. In der Bundesvertretung ist die AG stärkste Fraktion, jedoch gibt es derzeit eine Koalition aus GRAS, VSStÖ, FLÖ und FEST.

Die nächsten ÖH-Wahlen finden von 16. bis 18. Mai 2017 statt. Wahlberechtigt sind alle Studentinnen und Studenten, die bis 28. März ihren ÖH-Beitrag eingezahlt haben.

Andreas JILLY (25) studiert Internationale Betriebswirtschaft und politische Kommunikation. Seit 2015 ist er Bundesobmann der AktionsGemeinschaft (AG) und seit 2014 Vizepräsident des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA). Bei der ÖH-Wahl 2017 kandidiert er bundesweit als einer der Spitzenkandidaten der AG.

Rassismus im Europäischen Parlament?

Die Europäische Union hat momentan auf dem internationalen Parkett einige Probleme zu meistern, die auch in der Kommunikation zwischen den Mitgliedsländern auf verschiedenen Ebenen zur Sprache kommen. Eine solche Institution, die innereuropäischen Debatten und der Suche nach gemeinsamen Lösungen Raum bietet, ist das Europäische Parlament. Ein gemeinsamer Entscheidungsfindungsprozess und Akzeptanz der Beschlüsse sind jedoch nur möglich, wenn alle Involvierten die Informationen in einer Sprache erhalten, der sie mächtig sind. Die Gleichberechtigung aller EU-Sprachen stellt schließlich auch eines der Grundprinzipien der EU dar.

Aus dem Grund werden bei den Plenardebatten des Europäischen Parlament (EP) Dolmetscher/innen eingesetzt, die eine ihren Zweck erfüllende Debatte ermöglichen. Sie sind somit so gesehen ein „Sprachrohr" für die zahlreichen Wortgefechte, die zu einer politischen Diskussionskultur selbstverständlich dazugehören und sollten aufgrund ihres professionellen Niveaus in der Lage sein, diese adäquat zu übertragen. Doch wie sieht es mit der Übertragung von Meinungen und Beiträgen aus, die innerhalb der politischen Kommunikation unüblich sind oder sich nicht an allgemeine moralisch-ethische Kommunikationsnormen halten?

Rassistische Aussagen im Europäischen Parlament

Wie ein kürzlich sich ereigneter Vorfall bei einer Plenardebatte im Europäischen Parlament zeigte, bildet selbst eine hochrangige Institution wie das EP – vor allem durch den Anstieg der Anzahl von rechtsextremistischen MEPs seit der letzten Europawahl – keine Ausnahme im Hinblick auf diskriminierende und rassistische Verlautbarungen. Da ähnliche Meinungsäußerungen gegen einen anderen Grundsatz der EU verstoßen, nämlich die Achtung anderer Kulturen und Ethnien, wurde die Aussage eines griechischen MEPs vom 9. März 2016 im Nachhinein von dem EP-Präsidenten Martin Schulz sanktioniert und der betreffende Abgeordnete des Saales verwiesen.

In seinem einminütigen Redebeitrag wollte dieser die Ergebnisse des EU-Türkei-Gipfels kritisieren und griff dabei auf ungewöhnlich explizites Vokabular zurück, indem er verallgemeinernd die türkische Ethnie unter anderem als „barbarisch" bezeichnete und sie mit Tieren verglich. Diese Formulierungen sorgten jedoch nur zum Teil für unmittelbare Empörungsreaktionen, auch die Sanktionierung durch den EP-Präsidenten wurde erst drei Stunden nach dem Redebeitrag verlautbart. Die vorliegende Situation soll hier aber nicht aus einer politisch-analytischen Perspektive betrachtet werden, im Fokus stehen vielmehr die kommunikative Dimension sowie die Rolle der Dolmetscher/innen, welche die diskriminierende Botschaft in ihre jeweiligen Sprachen übertragen sollen. Wie sind sie damit umgegangen: Haben sie es vollständig wiedergegeben oder abgeschwächt? Oder haben sie sogar die Aussage „verfälscht" oder anderweitig darauf reagiert und wenn ja, warum?

Dolmetschen als Beruf

Um sich den Antworten auf diese Fragen zu nähern, ist es zunächst notwendig, die Rolle der Dolmetscher/innen kurz zu definieren. Die allgemeine Erwartung an diese Berufsgruppe ist es, dass sie natürlich das „Original" wiedergeben sollen, so wie es von den Redner/innen formuliert wurde – nur in einer anderen Sprache. Diese Betrachtungsweise, die auch von vielen Berufsverbänden zu einer allgemeinen Norm erhoben wird, ist jedoch sehr unspezifisch gehalten und kann zwar in der Theorie schön klingen, praxisnahe Untersuchungen bezeugen jedoch oftmals, dass sie nicht wirklich realitätsnah ist.

So kommt das „korrektive Dolmetschen" – das für die meisten Redner/innen ein rotes Tuch darstellt – in der Praxis natürlich sehr häufig vor, besonders bei gar nicht so seltenen Versprechern seitens der Redner/innen. Auch in jenen Fällen, in denen die Situation zum Beispiel aufgrund von kulturell bedingten Missverständnissen zu eskalieren droht, greifen viele Dolmetscher/innen abmildernd ein, um ihre Hauptaufgabe zu erfüllen und die Kommunikation aufrecht zu erhalten. Zusätzlich ist besonders beim Konferenzdolmetschen (= Simultanes Dolmetschen mithilfe von Kopfhörern und Mikrofon in einer schalldichten Kabine. Zu unterscheiden vom Dialogdolmetschen, das meist im konsekutiven Modus mithilfe von Notizen stattfindet.) der Zeitdruck so groß, dass die Originalrede in all ihren Facetten natürlich nicht absolut vollständig wiedergegeben werden kann und deshalb an vielen Stellen gekürzt und komprimiert wird.

Diese vermeintliche Handlungsfreiheit geht jedoch für die Konferenzdolmetscher/innen damit einher, dass sie binnen von Sekundenbruchteilen sehr viele Entscheidungen auf diversen Ebenen treffen müssen und für diese auch Verantwortung tragen. Deshalb wird bereits in der Ausbildung vermittelt, dass man sich zwar von der wörtlichen Ebene des Originals natürlich teilweise lösen muss, aber dass die Intention der Redner/innen dennoch immer genau übertragen werden sollte.

Dolmetschen im Europäischen Parlament

Bei der politischen Kommunikation im EP und besonders bei Vorfällen wie dem oben geschilderten kann jedoch gerade die wörtliche Ebene darüber entscheiden, wie das Statement aufgefasst wird und welche Reaktionen folgen werden. Es wurden insgesamt sechs Verdolmetschungen des diskriminierenden Redebeitrags ausgewertet und lieferten ein interessantes Ergebnis. Keine der Dolmetscherinnen übertrug die Aussage in dem Wortlaut des Originals, vielmehr zeigte jede Verdolmetschung mehr oder weniger ausgeprägte Abschwächungen. Dieses kam in erster Linie dadurch zustande, dass alle

Verdolmetschungen sehr stark gekürzt waren, was viele rhetorische Nuancen des Originals automatisch abschwächt. So wurden insbesondere die kritischen Stellen des diskriminierenden Redebeitrags teilweise dermaßen komprimiert, dass es nicht verwunderlich ist, dass nicht wesentlich mehr empörte Reaktionen unmittelbar im Anschluss an den Redebeitrag folgten.

An dieser Stelle sollte man deshalb kurz erläutern wie das Dolmetschen im Rahmen der EP-Plenardebatten vonstattengeht. Die Dolmetscher/innen sitzen grundsätzlich mindestens paarweise in den jeweiligen Kabinen, um sich halbstündlich abzuwechseln, da das Dolmetschen ein höchst anspruchsvoller mentaler Vorgang ist. Bereits der allgemeine Charakter des Konferenzdolmetschens legt dem Beruf einige Einschränkungen auf: Vor allem weil der Ausgangstext nur einmalig dargeboten wird, muss man in der Lage sein, dem zeitlichen Druck stand zu halten.

Dabei sind mehrere mentale Vorgänge gleichzeitig zu bewältigen, wie das Zuhören und Analysieren des Gesagten, die Ablagerung dessen im Kurzzeitgedächtnis sowie die Produktion und Koordination einer zusammenhängenden Botschaft in der Zielsprache. Letztere stellt in den meisten Fällen die Muttersprache dar, um eine möglichst kohärente Aussage zu gewährleisten. Jedoch gibt es in der EU 24 offizielle Sprachen, woraus sich 552 mögliche Sprachkombinationen ergeben, für die nicht immer ausreichend Dolmetscher/innen zur Verfügung stehen. Aus dem Grund ist es nicht unüblich, bei Ausgangsreden in einer der „kleineren“ Sprachen über das s. g. Relais zu dolmetschen. Dabei wird die Ausgangrede zunächst von einem Dolmetscher in eine der „größeren“ Sprachen wie Englisch oder Französisch gedolmetscht und diese Aussage überträgt dann wiederum ein anderer Dolmetscher in eine andere „kleinere“ Sprache.

Natürlich ist eine solche Lösung nicht optimal, da einerseits der zeitliche Abstand zur Originalaussage vergrößert wird und die Dynamik von Diskussionsveranstaltungen darunter leidet. Dadurch führt andererseits das Relais-Dolmetschen zu einer noch stärkeren Komprimierung des Gesagten durch den ersten Dolmetscher. Auch im vorliegenden Fall wurde auf diese Option bei nachweislich mindestens zwei der untersuchten Zielsprachen zurückgegriffen. Diese Dolmetscher/innen hatten somit nicht die Möglichkeit die Originalaussage zu hören, sondern übertrugen nur die stark komprimierte und somit abgeschwächte Vorlage ihrer englisch- und französischsprachigen Kolleg/innen.

Die nächste immense Einschränkung des Dolmetschens beim EP stellt die begrenzte Redezeit der MEPs dar. Die Abgeordneten der kleineren Fraktionen müssen ihre Beiträge innerhalb von einer Minute vortragen, was dazu führt, dass sie diese schriftlich vorbereiten und in einem hohen Tempo ablesen. Jedoch stellt es eher die Ausnahme als die Regel dar, dass die Dolmetscher/innen diese Texte im Vorhinein zur Verfügung gestellt bekommen. Auch das vorliegende Beispiel zeigte, wie sehr die Qualität der Verdolmetschung unter diesen Faktoren leidet. So enthielten die gedolmetschten Versionen der Rede natürlich nur einen Bruchteil der rhetorischen Besonderheiten und besonders der geäußerten rassistischen Aussagen des griechischsprachigen Originals.

Der Umgang mit rassistischen Aussagen

Es sind jedoch nicht nur die Spezifika der konkreten Arbeitsbedingungen, die eine vollständige Übertragung solcher Inhalte behindern können. Eine große Anzahl an dolmetsch-wissenschaftlichen Untersuchungen der letzten Jahre macht deutlich, welche aktive Rolle Dolmetscher/innen einnehmen, sogar einnehmen müssen, um die Kommunikation voranzubringen. Dies widerspricht jedoch in vielerlei Hinsicht den allgemeinen und sehr hartnäckigen Objektivitäts- und Neutralitätsforderungen an die Berufsgruppe, welche eine stark mechanische Vorstellung vom Dolmetschen verbreiten.

Besonders bei solchen brisanten Problemfällen wie dem Dolmetschen von diskriminierenden oder gar rassistischen Inhalten können Dolmetscher/innen aus ihrer neutralen Rolle herausfallen und sich schließlich als eigenständige Persönlichkeiten offenbaren, die sich mit ähnlichen Inhalten nicht identifizieren können oder wollen. Solche Selbstoffenbarungen passieren natürlich meistens auf einer ganz subtilen Ebene und sind deshalb nicht per se als negativ oder verfälschend zu verurteilen. Vielmehr machen sie deutlich, dass die Dolmetscher/innen ebenfalls lediglich Personen sind, die einer bestimmten gesellschaftlichen oder institutionellen Ideologie unterliegen. Folglich dürfen sie nach dem eigenen moralischen oder ethischen Verständnis eine Entscheidung darüber treffen, wie vollständig, abschwächend oder anderweitig kommentiert solche Inhalte von ihnen wiedergeben werden – solange die allgemeine Absicht der Redner/innen für die Zuhörer/innen erkennbar bleibt.

Auch in dem vorliegenden Fallbeispiel fiel auf, dass beinahe alle Dolmetscher/innen die Aussagen des griechischen MEPs abschwächten, und einige sogar zusätzliche Bewältigungsstrategien wählten, um sich von den Inhalten – ob bewusst oder unbewusst – zu distanzieren. Die eine verwendete dafür eine besonders ironisch klingende Intonationstechnik, mit der sie die Worte des Abgeordneten zwar wiedergab (wenn auch aufgrund ihrer Relais-Vorlage nicht vollständig), aber gleichzeitig indirekt ihre Abneigung diesen gegenüber zum Ausdruck brachte.

Eine weitere wählte zunächst deutlich abschwächende Formulierungen, indem sie wörtlich sagte, die „Türkei“ (statt „die Türken“) würde sich barbarisch „verhalten“ (statt „sein“) und schließlich bei den Tiervergleichen des Originals ein hörbar fassungsloses Lachen in ihrer Stimme zu erkennen war. Eine andere Strategie wurde von der Dolmetscherin gewählt, die sich durch den Einschub der Worte „ich zitiere das Ganze“ von der Originalaussage deutlich distanzierte.

Bereits vergangene Untersuchungen haben gezeigt, dass die meisten Dolmetscher/innen in Konfliktsituationen tendenziell dazu neigen, die Originalaussagen abzuschwächen. Im Falle retrospektiver Befragungen der Dolmetscher/innen fällt jedoch massiv auf, dass solche Entscheidungen von ihnen während des Dolmetschvorgangs nicht bewusst getroffen werden, da sie nach eigenen Angaben stets das Rollenbild der Neutralität zu erfüllen versuchen. Diese unbewussten und subtilen Einflüsse der eigenen Wertvorstellungen in die Verdolmetschungen können jedoch auch von den ethnisch-moralischen und folglich kommunikativen Prinzipien gesteuert sein, die in dem jeweiligen institutionellen Diskurs üblich

sind. Auch in dem vorliegenden Fall verwundern mögliche Modifikationen der Originalaussage nicht, da die Dolmetscher/innen innerhalb der Institution Europäisches Parlament tätig sind und sich deshalb von in diesem Rahmen unüblichen Aussagen überrumpelt fühlen können.

Hierfür liegt die Verantwortung natürlich vordergründig bei den Dolmetscher/innen selbst, sich bereits im Vorfeld Gedanken über den Umgang mit solchen Aussagen zu machen. Dies könnte sich besonders in den heutigen Zeiten, in denen polarisierende und aggressive politische Rhetorik zunehmend zum Alltag gehört, als sehr nützlich erweisen.

Dolmetscher/innen sind keine Maschinen

Unabhängig von der politischen Orientierung wird jedoch eine adäquate Übertragung der Aussagen aller Politiker/innen durch die Arbeitsbedingungen im EP erschwert, die sich v. a. im schnellen Ablesen der Texte durch MEPs offenbaren. Nicht nur im Europäischen Parlament sollten sich deshalb politische Redner/innen darüber bewusst sein, dass ihr Statement ohne adäquate Zusammenarbeit mit den Dolmetscher/innen nur einen Bruchteil der Rezipient/innen erreichen wird.

Für diese Zusammenarbeit ist es schließlich vollkommen ausreichend, den Dolmetscher/innen eine zuvor verschriftlichte Rede oder zumindest das Redekonzept zur Verfügung zu stellen. Dabei sollte man sich stets vor Augen halten, dass das Dolmetschen eine hochkomplexe Tätigkeit darstellt, die von menschlichen Wesen ausgeführt wird. Die hartnäckigen Forderungen nach optimalen Entscheidungen auf allen Ebenen sind absolut unrealistisch, da Verdolmetschungen grundsätzlich nur für den sofortigen Gebrauch geeignet und deshalb fehleranfällig sind. Vor allem ist ihre Qualität immer stark von den jeweiligen Arbeitsbedingungen abhängig, weshalb mögliche Bewertungen oder gar Kritik stets nur im Hinblick darauf geäußert werden sollten.

Natalia KANCELOVA, BA, studiert Konferenzdolmetschen Deutsch – Russisch am Zentrum für Translationswissenschaft sowie Slowakistik am Institut für Slawistik der Universität Wien. Der vorliegende Bericht stellt die komprimierte Version einer im Rahmen des MA-Studiengangs Translation eingereichten Seminararbeit dar, die von der Autorin gemeinsam mit **Patricia GMEINER, BA,** verfasst wurde.

Jäger und Gejagte im ewigen Eis

Die Inuit und ihr überlebenswichtiger Walfang stehen unter Beschuss. Trotz der ausufernden Dimensionen des kommerziellen Walfanges wird Grönlands Recht auf indigenen Subsistenzwalfang in Frage gestellt. Es wird Zeit für einen neuen Fokus.

Seit Jahrtausenden zählt die Jagd von Walen zur Identität der Indigenen Grönlands. Die traditionelle Lebensweise der Einwohner Grönlands wurde seit jeher durch das raue Ökosystem geformt, denn das Angebot an Nahrung ist so karg wie die Landschaft selbst. Die arktische Flora lässt keine Bodenkultur zu und die Temperaturtabellen Grönlands lassen einen schaudern. Folglich schuldet das indigene Volk der Inuit dem traditionellen Wal- und Fischfang seine zweitausendjährige Existenz. Der blutgetränkte Kampf um Tran, Fleisch und Maqtaak, der Walhaut, breitete sich auf dem Weltmarkt aus. Durch die Kommerzialisierung von Walprodukten sehen jedoch nicht nur die Walpopulationen, sondern auch die Inuit einer unsicheren Existenz entgegen.

Erhitzte Gemüter

Aus historischen Veränderungen, wie der Kolonialisierung und der Globalisierung, resultierte die weltweite Popularität des Walfanges. Dies führte zur Erschöpfung der Walvorkommen, weshalb man im frühen 20. Jahrhundert deren Schutz befürwortete. Seit 1946 setzt sich die Internationale Walfangkommission (IWC) für stabile Walbestände ein. Durch den völkerrechtlichen und diplomatischen Zusammenschluss von über 80 Mitgliedern konnten sich die Wale nachhaltig erholen. Dennoch sind einige der Wale, wie der Grönlandwal oder der Nordkapernwal, nach wie vor vom Aussterben bedroht.

Ein Moratorium des Jahres 1986, das jegliche Art des kommerziellen Walfanges verbieten sollte, ließ die Wogen in der IWC hochgehen. Durch die Resolution wurden sämtliche kommerziellen Fangquoten auf Null gesetzt. Die Inuit, sowie andere Indigene aber betreiben Walfang aufgrund ihres Subsistenzrechtes, weshalb man ihnen ein limitiertes Kontingent zusicherte. Die Sonderregelung des „Aboriginal Subsistence Whaling“ ist darum bemüht, die Angewiesenheit indigener Gruppen auf den Walfang zu berücksichtigen und deren Bedarf zu decken.

Wenn sich zwei streiten…

Die internationale Staatenwelt richtet im IWC ein Dilemma für indigene Gruppen an, zumal diese nicht nur eine Minderheit der globalen Weltordnung, sondern auch im IWC darstellen. Ungeachtet der Vorteile, die sich aus transkulturellen Schnittpunkten ergeben, wurde die Autonomie der Inuit zunehmend durch den westlichen Einfluss eingeschränkt. Hinzu kommt, dass sich die ökonomisch interessierten Walfangstaaten nicht an die Richtlinien de IWC halten. Norwegen, Island und die Färöer sind neben Japan die Kritiker des Walfangmoratoriums. Als Reaktion auf das strenge Walfangregime der IWC setzten diese Staaten eigene unilaterale Abkommen fest. Japan etwa beruft sich auf die letale Forschung, die die Tötung aus wissenschaftlichen Gründen rechtfertigen soll. Das uneinheitliche Verhalten tangiert die Inuit insofern, als die Zahl der für sie überlebenswichtigen Wale immens reduziert wird. Parallel dazu werden deren Quoten weiter gekürzt. Die Hälfte der 88 Teilnehmerstaaten

agiert jenseits völkerrechtlicher Werte, denn Stimmenkauf und Manipulationen bestimmen neben der Nichteinhaltung von Verträgen die Machtverhältnisse. Etwa konnte Greenpeace Japan den Stimmenkauf kleiner Staaten wie St. Vincent und die Grenadinen oder St. Lucia nachweisen. Der ehemalige Umweltminister des Karibikstaates Dominika legte selbst Dokumente vor, in denen Bestechungsgelder über sieben Milliarden Dollar zum Stimmenkauf bewiesen wurden. Trotz der Bemühungen konnte die IWC den Manipulationen während der 66. Tagung im Oktober 2016 in Portorož nur bedingt Einhalt gebieten, weshalb nach wie vor kaum gültige Spielzüge gesetzt werden. Dadurch erzwangen die Internationale Walfangkommission und ihre Teilnehmer ein Patt.

Die International Whaling Commission veröffentlicht jährlich die eingereichten Fangzahlen auf ihrer Website (siehe https://iwc.int/total-catches). So sind westgrönländische Finnwale bis 2018 auf 19 Abschüsse pro Jahr beschränkt. Die aktuellsten Daten zeigen, dass sich Westgrönland 2014 mit 12 Walen an die Fangbegrenzung hielt. Island aber, ein klarer Profiteur des Walfanges, tötete durch den kommerziellen Walfang im selben Jahr 137 Finnwale (obwohl die Quote des IWC 0 beträgt). Das auseinanderdriftende Quotenverständnis verdeutlicht sich anhand der Zwergwale. Norwegen fing trotz des Moratoriums 736 Stück, währenddessen Grönland 157 Zwergwale erlegte. Bei einem Limit von 164 hielten sich auch diesmal die Bewohner der eisigen Insel an die Vorgaben der IWC.

Gegen die Inuit und andere indigene Völker, die vom Moratorium ausgenommen sind, entwickelte sich eine perfide Eifersucht. Die Kolonisierung und Ressourcenausbeutung aller Seiten, sowie die Bipolarität in der internationalen Walfangkommission, lenkte den Kompass der Walfanggegner auf die Inuit, obwohl durch sie nur ein Bruchteil der Gejagten zu Tode kommt. Darunter leiden sie umso mehr, da ihre Quoten regelmäßig aufgrund der schwachen Walbestände zusätzlich gekürzt werden. Auch die Auflagen zu Tötungsarten sind strenger als die unilateralen Bedingungen kommerziellen Fanges. So gelten in der kommerziellen Zählung alle Tötungen, währenddessen in den Sonderabkommen mit den Indigenen auch alle Tötungsversuche mitgezählt werden müssen. Grönland ist Teil der dänischen Delegation im IWC, was eine Einschränkung seiner Souveränität bedeutet. In dem Prozess kristallisieren sich die Indigenen mehr und mehr als die Leidtragenden heraus.

Die Grenzen des Tierschutzes

Ob bei Rinderhaltung oder Robbenjagd, Tierschützer werden bei jeder Art des Tötens auf den Plan gerufen. Trotzdem ist die Schlachtung in allen Kulturkreisen der Welt ein tief verwurzeltes Ritual. Die Inuit sind in der Hinsicht nur ein kleiner Dorn in den Augen der Walschützer. Staaten wie Japan oder Norwegen hingegen sind die Schelle ins Gesicht der International Whaling Commission. Das Verlangen nach der Delikatesse lässt den Handel trotz des Einfuhrverbots in die EU florieren. Diskussionen über die Ethik des Fleischessens erübrigen sich eingedenk des Aussterbens der gewaltigen Säuger, denn im europäischen Raum ist man auf Walfleisch nicht angewiesen. Währenddessen sind alle Augen auf Grönland und ihre vermeintlich barbarische Art des Überlebens gerichtet.

Töten und Technik

Die westliche Welt will den nordischen Völkern kaum Landrechte anerkennen, zumal das Rechtssystem seit John Locke durch Landbesitz geprägt ist. Körperkraft und Beanspruchung des Bodens mache ein Gebiet zu Eigentum, so das Credo. Ackerbau sei der Keim aller Kultur, weshalb man den Inuit und anderen Völkern die Ihrige aberkannte. Denn sie lebten und leben von der Rentierzucht, dem Fischfang und dem Walfang.

Die Inuit entwickelten, wie alle Indigenen, bereits vor Jahrhunderten ein effektives Rechtssystem und ihre spezifische Form der Rechtsdurchsetzung. Die Modernisierung brachte aber, neben all ihren Vorzügen, Unordnung in die Handelswege und Lebensweisen der Indigenen. Nach der Kolonisierung Grönlands durch die Dänen im 18. Jahrhundert veränderten sich die Walfangmethoden drastisch.

Explosive Harpunen verdrängten inzwischen die vermeintliche Ästhetik der traditionellen Speere. Die Modernisierung der Jagd lässt neue Methoden zu, die die Agonie der Tiere lindern soll. Der Masse eines Wales entgegnet man mit Härte und Respekt. Die wahrhaftige Größe der Säuger lässt erahnen, wie schwer deren Bezwingung fällt. Allerdings wurde der Fang eines Wals durch die fortschreitende Technik von einer spirituellen Zeremonie zu einer alltäglichen Schlachtung. Das Paradoxon in der modernen Technik liegt in der Tatsache, dass die schnellere, sowie schonendere Tötung zu einer höheren Anzahl getöteter Wale führt.

Ausblick am arktischen Horizont

Die Zeit drängt für eine effiziente Gestaltung von Fangquoten. Das dreißigjährige Bestehen des Moratoriums bietet einen passenden Anlass, um seine Effektivität zu überdenken. Möglicherweise könnte ein größerer Handlungsspielraum der Mitglieder zu einer juristisch sattelfesten Kooperation der Staatengemeinschaft führen. Die Sturheit aber, von der die Internationale Walfangkommission geprägt ist, führt zu kurzsichtigen Entscheidungen und rücksichtslosen Alleingängen. Das Ideal der Nachhaltigkeit ist längst nicht erreicht. Wer die Leidtragenden dieser Entwicklung sind, wissen wir nun.

Gleichzeitig finden die Interessen traditioneller Völker nicht ausreichend Resonanz in der IWC und anderen Organisationen. Eine stärkere Teilhabe der Inuit und anderer indigener Gruppen ist dringend notwendig, um deren Lebensweise verständlicher zu machen. Ihre Einbindung in geltende Rechtssysteme ist eine der unzähligen Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung.

Nadine SCHULLER studiert Politikwissenschaft mit Fokus auf Menschenrecht an der Universität Wien. Gedanken des Umweltschutzes begleiten ihr Studium sowie die berufliche Entwicklung. Inspiration für ihre Artikel sucht sie sich an Ort und Stelle, etwa durch Forschung und freiwillige Praktika im Nahen Osten oder Lateinamerika.

Max Weber, der „Entzauberer“, erliegt dem Zauber Wiens

Max Weber, geb. 1864 in Erfurt und gest. 1920 in München, ist einer der großen Klassiker der Sozial- und Kulturwissenschaften, der auf vielen der Gebiete der Kultursoziologie, wie der Religionssoziologie und der Wirtschaftssoziologie, geforscht hat. Er beschrieb die Soziologie als „Wissenschaft, welche soziales Handeln deutend verstehen und … ursächlich erklären will“. Max Weber schuf wichtige Konzepte wie das der „protestantischen Ethik“ als „Geist des Kapitalismus“ und das der „Entzauberung der Welt“ durch die Entwicklung der Wissenschaft. Max Weber selbst ist jedoch verzaubert von den schönen Mädchen Wiens.

Max Weber hatte an den Universitäten Heidelberg, Göttingen und Berlin Jus, Nationalökonomie, Philosophie und Geschichte studiert. Sein Studentenleben war ein zum Teil heiteres und trinkfreudiges, schließlich war er Mitglied der Heidelberger Burschenschaft Allemania. 1893 wurde er im Alter von 29 Jahren außerordentlicher Professor für Handelsrecht in Berlin. 1896 folgt er einem Ruf als Professor an die Universität Heidelberg. Schließlich wird er im September 1917 Professor an der Universität Wien. Im Juni 1918 nimmt er Abschied von Wien, um Professor an der Universität München zu werden.

Um dem Leben Max Webers in Wien nachzuspüren, sah ich mich im Universitäts- und im Österreichischen Staatsarchiv um. Ich fand einiges über Webers Lehrtätigkeit an der Universität Wien, aber auch Amtliches zu seiner Person und Briefe, die er geschrieben hat. In einem Brief Max Webers ist die Pension Baltic im 8. Wiener Gemeindebezirk in der Skodagasse als Absender angegeben. Ein Brief bezog sich auf die Berufung Max Webers als Professor nach Wien. In diesem heißt es: „Das k.u.k. Ministerium des Äußeren beehrt sich dem k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht mitzuteilen, dass – laut Mitteilungen des Großherzoglichen Badischen Auswärtigen Amtes – die allgemeine Haltung des ordentlichen Honorarprofessors in Heidelberg Dr. Max Weber zu Beanstandungen keinen Anlass gibt.“

Die Pension Baltic und Wanderungen in Wien

Erst im April 1918 übersiedelt Max Weber nach Wien. Quartier bezieht er in der Pension Baltic in der Skodagasse 15. Max Weber ist von Wien begeistert. Marianne Weber, seine Frau, die nicht nach Wien mitgekommen war, schreibt dazu: „Erster Frühling breitet sich leise über die herrliche Stadt … Alles lächelte ihn an: die milde, schon südlich anmutende Landschaft, wie das Entgegenkommen der Kollegen (!) und die liebenswürdige Aufgeschlossenheit der anderen.“ Ich suchte im März 2012 die Pension Baltic auf, um mir ein Bild davon zu machen, in welcher Umgebung er während seines Wienaufenthaltes gelebt und gearbeitet hat. Max Weber ist von Wien begeistert und lernt Wien wandernd und mit der Straßenbahn kennen. Das Wandern ermüdet ihn jedoch. So auch eine Wanderung mit Kollegen von der Universität auf den Kahlenberg, aber er „labt sich an dem herrlichen Blick auf die große Stadt und das Rund sanft geschwungener waldiger Höhen, hinter denen fern das Hochgebirge dämmert.“

Max Weber genießt das gute Essen in Wien. Er schreibt dazu: „Nun bin ich schon 8 Tage in der – bezaubernd schön im Frühlingsschmuck stehenden – Stadt, war eben in der Hofoper, im Prater ... gegen Abend locken die Cafés wie immer. Der Magen ist froh, den deutschen Kartoffeln entronnen zu sein. Denn davon ist hier keine Rede …, Eier, daneben auch Fleisch und jetzt Frühlingsgemüse. ... Ich bin immer satt ... Freilich sind die Preise phantastisch!“.

Das junge Ehepaar im Nebenzimmer und die schönen Mädchen

Besonders angetan hatte es Max Weber das Zimmer in der Pension Baltic mit dem Blick ins Grüne. Er schwärmt darüber. Geärgert hat er sich allerdings über ein junges Ehepaar im Nebenzimmer. Max Weber schreibt: „Die Wohnung (in der Pension Baltic) ist ordentlich, vor allem sauber. Lästig ist neben mir ein junges Ehepaar mit den üblichen Untugenden eines solchen, besonders nach Tisch. … Der Lebenslauf des Tages ist also: morgens nach dem Tee zur Bibliothek bis ½ 1 (Uhr), dann zum Essen, dann die halbe Stunde Ruhe, während derer das verdammte junge Ehepaar (!!) mich nicht schlafen zu lassen entschlossen scheint. Dann Bibliothek, von 3 Uhr bis 6 Uhr, dann ins Café oder spazieren, dann nochmals bis 8 Uhr Bibliothek, dann zu Klomser oder in ein Speisehaus zum Essen, dann zu Hause Zigarre, dann zu Bett“.

Max Weber berichtet seiner Frau schließlich „Hier vor meinem Fenster habe ich einen großen, dicht mit alten Bäumen bestandenen Binnenhof, Vögel sind drin, sonst Totenstille. So etwas gibt es nur in Wien im Stadtinneren. Ich wohne 10 Minuten von der Universität, die am Ring gegenüber dem Hofburgtheater liegt… Man hört den Stadtlärm nur von Ferne brausen. … und wenn nicht ein junges Ehepärchen nebenan sein Wesen triebe, so wäre dies geradezu ideal. Jedenfalls lebe ich unter gesundheitlich denkbar günstigen Bedingungen.“

Freude bereitet Max Weber der Innenhof der Pension Baltic: „Hier jubilieren die Drosseln in dem schönen sehr großen Wiener Binnenhof mit einem Park alter Bäume. … die allgemeine Eleganz ist fabelhaft, wie im Frieden, das Auge labt sich an den doch wirklich erstaunlich schönen Mädchen…“.

Die Freude an Gasthäusern und am Bier

Bemerkenswert ist, dass die Pension Baltic sich schräg vis-à-vis gegenüber dem Haus Alserstraße 33 befindet, in dem von 1971 bis 2002 das Institut für Soziologie der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien untergebracht war. Ursprünglich jedoch befand sich in diesem das Restaurant „Zum Goldenen Hirschen“, das ich als junger Student häufig und gerne aufgesucht habe.

Es ist anzunehmen, dass Max Weber sich gerne in diesem gemütlichen Gasthof aufgehalten hat, um sich von seinen Vorlesungen zu erholen, auch wenn er es in seinen Briefen nicht erwähnt. Er dürfte gerne in Gasthäuser gegangen sein, dies ergibt sich aus den Schilderungen Marianne Webers. Sie schreibt: „Nachdem die ihn noch im Korridor (der Universität) umdrängenden Fragesteller geduldig befriedigt sind, schleicht er stumm zum ‚silbernen Brunnen' (ein Gasthaus im 9. Bezirk in der Berggasse 5). Das Mahl dort, und die Zigarre stellen ihn allmählich wieder her". Sicherlich trug auch das Bier das Seine dazu bei, dass Max Weber sich wieder wohl fühlte.

Bereits während seiner Studentenzeit in Heidelberg trank Max Weber mit Freuden Bier. Er zeichnete sich, wie Marianne Weber schreibt, durch „hervorragende Trinkfestigkeit" in seiner Burschenschaft aus. Auf einem Festkommers (einer studentischen rituellen festlichen Veranstaltung), bei der Bier getrunken wird, gewann er gegen einen Kollegen einen „vierfachen Bierjungen" (Bierjunge ist eine Art Bierduell). Wenn Max Weber sich über jemanden ernstlich ärgerte, bezeichnet er ihn als „Hundsfott". Das Schimpfwort „Hundsfott" entstammt einem studentischen alten Trinkritual, bei dem es heißt: „Solange wir uns kennen, wollen wir uns Bruder nennen – ein Hundsfott, der dich schimpfen sollt".

Im Wiener Feuilleton – „hochgewachsen und vollbärtig"

Max Weber dürfte hohes Ansehen in der Wiener intellektuellen Gesellschaft genossen haben. Darauf deutet ein Feuilleton im „Neue Wiener Tagblatt" vom 16. Juli 1918 hin. In diesem wird unter dem Titel „Ein deutscher Professor" einleitend Max Weber geradezu als Lichtgestalt oder als eine Art Prophet geschildert, der als Gelehrter in einer pessimistischen Zeit nach dem 1. Weltkrieg scharfsinnige Gedanken zu verkünden hat. Es heißt: „Seit einigen Wochen knüpft sich das Tagesgespräch an den Namen eines Mannes, der weder Theaterdirektor, noch Schauspieler oder Sänger ist, sondern nur ein Nationalökonom, ein Professor. Ein reichsdeutscher Professor... Der großen Masse der Gebildeten war sein Name ein bloßer Klang, der rasch verhallt. Nun ist er ein Weckruf geworden, eine Fanfare… Hochgewachsen und vollbärtig gleicht der Gelehrte einem der deutschen Steinmetze aus der Zeit der Renaissance. … Aus jedem Worte geht deutlich hervor, dass er sich als Erbe der deutschen Vergangenheit fühlt und vom Bewusstsein seiner Verantwortlichkeit vor der Nachwelt beherrscht wird." Jedenfalls: Max Weber hat die Wiener gebildete Gesellschaft fasziniert.

Im Café Landtmann – die Begegnung mit Joseph Schumpeter

Mit dem großen Nationalökonom Joseph Schumpeter (1883-1950), dem späteren österreichischen Finanzminister (1919-1920) und Professor an der Harvard-Universität (ab 1932) hatte Max Weber im Café Landtmann, dem Kaffeehaus gegenüber dem Hauptgebäude der Wiener Universität, ein echtes Streitgespräch. Schumpeter und Weber kamen bei ihrem Disput auch auf die Russische Revolution zu sprechen, die Schumpeter als interessantes sozialistisches Experiment ansah. Weber meinte sinngemäß, man könne da nicht von einem Experiment sprechen, da der russische Kommunismus ein Verbrechen mit unerhörtem menschlichen Elend sei.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurde Weber „heftig und lauter, Schumpeter sarkastischer und leiser". Das Ende der Unterhaltung sah dann so aus: „Weber sprang auf und mit den Worten ‚das ist nicht mehr auszuhalten' eilte er auf die Ringstraße hinaus, gefolgt von Hartmann, der ihm den Hut nachbrachte und ihn vergebens zu beruhigen versuchte". Schumpeter meinte noch: „Wie kann man sich in einem Kaffeehaus so aufführen". Im Juni 1918 kehrte Weber nach Heidelberg zurück. 1919 folgte er einem Ruf an die Universität München. Am 14. Juni starb Max Weber an den Folgen einer Lungenentzündung.

Epilog

Auch wenn Max Weber sich im Café Landtmann nicht so aufführte, wie sein Kollege Schumpeter und die Kellner es erwartet hatten, so dürfte er doch Gefallen an Wien, an seinen Gasthäusern und an den Wiener Hausbergen sowie den jungen hübschen Mädchen gefunden haben. In den Monaten, in denen Max Weber in Wien war, hat er das Leben in der alten Kaiserstadt genossen und sich an den Möglichkeiten erfreut, die ihm die heute älteste deutschsprachige Universität geboten hat.

Ich gestatte mir in Erinnerung an Max Weber ein Glas Bier im Wiener Café und Restaurant Landtmann zu trinken.

Max Weber in Wien

Sein Disput mit Joseph Schumpeter im Café Landtmann, das alte Institut für Soziologie: Paul Neurath, René König und seine übrigen Bewohner nebst dazugehöriger Geschichten über Trinkrituale, Duelle und Ganoven.

Roland Girtler **LIT**

Dr. Roland GIRTLER ist Professor am Institut für Soziologie der Universität Wien. Er studierte Jurisprudenz, Ethnologie, Urgeschichte, Philosophie sowie Soziologie und betrieb Anfang der 1970er Jahre mehrere Monate Feldforschung in Indien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören u.a. Randkulturen, Bauern in Österreich und Siebenbürgen sowie die Kultursoziologie.

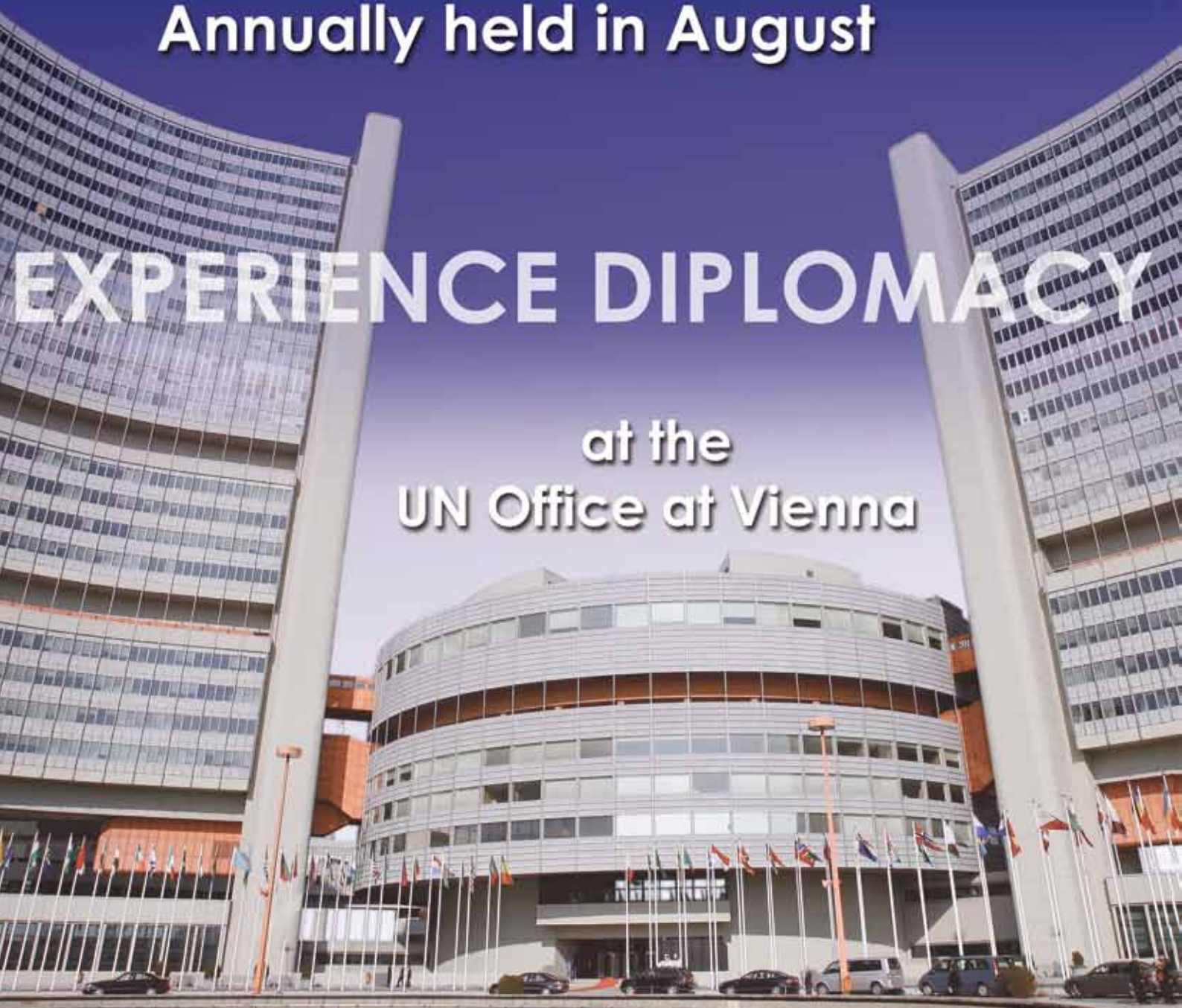
United Nations Youth and Student Association of Austria –
Academic Forum for Foreign Affairs

www.vimun.org

VIMUN

VIENNA INTERNATIONAL MODEL UNITED NATIONS

Annually held in August



EXPERIENCE DIPLOMACY

at the UN Office at Vienna

UN SIMULATION CONFERENCE FOR STUDENTS AND YOUNG GRADUATES